Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Goden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich [illegible] M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.44 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 124. | Dresden, Montag den 2. Juni 1919. | 30. Jahrg.

Zugeständnisse an Deutschland? — Die Umtriebe im Rheinland.

Darüber, wie sich die Entente zu den deutschen Gegenvorschlägen verhalten wird, läßt sich etwas Sicheres heute noch nicht sagen. Wie immer in derartigen Fällen gehen die widersprechendsten Meldungen durch die Presse. Nach einer Mitteilung des Homme libre sollen einige Aenderungen von Bedeutung in die Friedensbedingungen aufgenommen werden, der Kern aber werde durchaus unverändert bleiben. Ein Havasbericht spricht sich gegen mündliche Verhandlungen aus. Nach neueren Meldungen soll jedoch die Sprache der französischen Blätter nicht mehr so heftig gegen Deutschland sein wie unmittelbar nach Bekanntgabe der deutschen Gegenvorschläge. Hervé tritt in der Viktoire energisch für Milderungen ein. Er verlangt die Annahme des deutschen Saarvorschlages, Vereinigung der Deutschösterreicher mit Deutschland und Rückgabe der deutschen Kolonien. Nach einer Meldung aus Newyork sollen sowohl England wie Amerika Neigung haben, gewisse deutsche Vorschläge zu unterstützen. Nach einer Meldung der Neuyork Tribune soll Wilson die Rolle eines Vermittlers zwischen Deutschland und den Alliierten auf sich genommen haben. Es sei zu erwarten, daß wichtige Zugeständnisse gemacht werden, um die Unterzeichnung des Vertrages vorzubereiten und weiteren Okkupationen deutschen Gebietes zu vermeiden. Nach einer andern Meldung soll Clemenceau halsstarrig darauf bestehen, daß an dem ursprünglichen Entwurf festgehalten werde.

Das starrsinnige Verhalten Frankreichs ist wohl zum Teil dadurch zu erklären, daß sich Frankreichs Finanzen in einem noch trostloseren Zustande befinden als die Deutschlands. Wie der Finanzminister Ribot im französischen Senat feststellte, beträgt das französische Budget im Jahre 1919 etwa 44 Milliarden Mark. Bis zum Jahre 1920 wird Frankreich für Kriegspensionen 25 Milliarden und 15 Milliarden für Entschädigungen ausgeben müssen. Frankreichs Bundesgenossen dürften Frankreich diese Last nicht allein tragen lassen. Am Schlusse seiner Rede brach Ribot ohnmächtig zusammen. In einer vom Senat schließlich angenommenen Tagesordnung wurde verlangt, man müsse den Feind zwingen, mit Frankreichs Bundesgenossen ein Finanz- und Zollabkommen zu treffen, welches Frankreichs Interessen wahre.

Die Franzosen scheinen zu glauben, daß sie aus Deutschland durch harte Friedensbedingungen so viel herauspressen können, daß ihre Finanzlasten erleichtert werden. Der Haß, der einen großen Teil der Franzosen gegen Deutschland beseelt, läßt sie nicht erkennen, daß sie auf dem falschen Wege sind. Nur, wenn Deutschland einen Frieden erhält, bei dem es sich wirtschaftlich wieder emporarbeiten kann, wird es Frankreich helfen können. Nicht ein Gewaltfriede, der Deutschlands Entwicklung unterbindet, sondern nur ein Friede der Versöhnung, der den Haß zwischen den Völkern verschwinden läßt und ein gemeinsames Arbeiten der Deutschen und Franzosen am Wiederaufbau ermöglicht.

Auf französische Treibereien ist es wahrscheinlich auch zurückzuführen, daß die Versuche, aus den Rheinlanden eine selbständige Republik zu machen, nicht aufhören. In Wiesbaden und Mainz wurden gestern Plakate angeschlagen, in denen die Gründung einer rheinischen Republik bekanntgegeben wurde. Koblenz soll die Hauptstadt dieser Republik werden. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete hat gegen diese Bestimmungen protestiert. In Wiesbaden wurden die Plakate von den Litfaßsäulen heruntergerissen. In Mainz wurde der Generalstreik proklamiert. In Köln gab die Bevölkerung in machtvollen Kundgebungen am Sonntag ihrer Entrüstung über die Loslösungsbestimmungen Ausdruck. Auch darin irren sich die Franzosen, wenn sie glauben, daß ihnen eine Zerreißung Deutschlands, wie sie jetzt am Rhein versucht wird, etwas nützen wird. Ein zerstückeltes, ohnmächtiges Deutschland würde nicht in der Lage sein, beim Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Welt die großen Aufgaben zu erfüllen, die es sonst erfüllen könnte.

Die Nachteile der kurzsichtigen Politik, die jetzt die Franzosen treiben, würde die ganze Menschheit und daher auch Frankreich mit zu tragen haben.

* * *

Hochverrat.

Die rheinische Republik.

Frankfurt a. M., 1. Juni. In Wiesbaden und Mainz wurden heute Plakate angeschlagen, auf denen die Gründung einer rheinischen Republik bekanntgegeben wird. Diese rheinische Republik soll nach dem Aufruf eine Friedensrepublik sein und das Rheinland, Rheinhessen, die Rheinpfalz und das Fürstentum Birkenfeld umfassen. Die vorläufige Regierung, die angeblich schon besteht, hat ihren Sitz in Wiesbaden; Koblenz soll Hauptstadt werden. Die Erlaubnis zu den Wahlen der verfassunggebenden Versammlung soll sofort eingeholt werden. Die bisherigen Staats- und Gemeindebehörden sollen bis auf weiteres im Amte bleiben. Der Aufruf ist unterschrieben von drei Arbeitsausschüssen, nämlich dem rheinischen Arbeitsausschuß, dem nassauischen Arbeitsausschuß und dem pfälzischen Arbeitsausschuß. Es werden jedoch keine Namen genannt, so daß das Plakat und der Aufruf völlig anonym (!!) ist. In Koblenz und Köln wurde der Aufruf nicht verbreitet. Nur eine einzige Zeitung des besetzten Gebiets hat davon Notiz genommen und sich in zustimmendem Sinne geäußert, der Mainzer Neueste Anzeiger, ein Blatt, das schon seit einigen Wochen als von feindlicher Seite gekauft gilt.

Selbst wenn es sich bei diesen Vorgängen nur um groben Unfug handeln sollte, würde Hochverrat vorliegen. Die rheinische Bevölkerung bekennt sich fest entschlossen zum Reich. Alle verbrecherischen Versuche der Loslösung sind auf einzelne besonders geschäftstüchtige oder bestochene Personen zurückzuführen.

Ein Seitensprung der Heeresleitung.

W. T. B. meldet aus Berlin: Die Oberste Heeresleitung hat am 21. Mai eine Rundfrage erlassen, um ein klares Bild darüber zu bekommen, wie die Bevölkerung zu einer etwaigen Wiederaufnahme des Krieges stehe. Am selben Tage, als die Reichsregierung davon Kenntnis erhielt, nämlich am 27. Mai, telegraphierte sie an die Oberste Heeresleitung:

„Rundfrage der Obersten Heeresleitung vom 21. Mai 1919 betreffend Befragung der Bevölkerung wegen etwaiger Wiederaufnahme des Krieges wird von der Reichsregierung nicht gebilligt. Reichsregierung ersucht, Umfrage und Beantwortung sofort abzustellen, da sie als politisch anzusehen und daher über Rahmen der Tätigkeit der Obersten Heeresleitung hinausgeht."

Darauf hat die Oberste Heeresleitung am 30. Mai geantwortet:

„Gemäß telegraphischer Anordnung der Reichsregierung ist die Rundfrage vom 21. Mai eingestellt worden.

Ich hätte es dankbar begrüßt, wenn mir vor dieser Weisung Gelegenheit gegeben wäre, dem Kabinett meine Gründe für die Umfrage darzulegen. Für alle Fälle Klarheit und sichere Unterlagen für Entschlüsse zu schaffen, vor die die O. H. L. von der Reichsregierung gestellt werden kann, war der Hauptgrund der Umfrage. Daneben hat aber noch ein andrer Grund mitgesprochen. Nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen ist der Herr Generalfeldmarschall mit telegraphischen, schriftlichen und mündlichen Ratschlägen, Protesten und Kundgebungen jeder Art überschüttet worden, aus denen ein oberflächlicher Beobachter leicht den Eindruck gewinnen konnte, als ob Volk und Heer zum Kampf fest entschlossen wären und diesen Kampf auch gegen den Willen der Reichsregierung aufnehmen würden. Ja, es geht so weit, daß der O. H. L. aus manchen Kreisen Mangel an Entschlossenheit und nationale Lauheit vorgeworfen wurden. Unter diesen Umständen mußte ihr besonders daran liegen, ein ungefärbtes Bild über die Lage zu gewinnen, um einerseits auf die Hitzköpfe beruhigend einwirken zu können und andrerseits einwandfreie Unterlagen zu erhalten, um die in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwartenden Angriffe der Presse und öffentlichen Meinung mit schlagendem Beweismaterial abwehren zu können."

Die Oberste Heeresleitung hatte also, ebenso wie die Reichsregierung, die Absicht, beruhigend zu wirken und die friedliche Politik des Reiches nicht durch Hitzköpfe stören zu lassen. Die Reichsregierung baut auf den inneren Rechtswert und die Ueberzeugungskraft ihrer Gegenvorschläge, nicht auf eine Erneuerung des Waffenkampfes von unsrer Seite. Dabei wird es aber ihre dauernde Bemühung sein, die Sicherungsausgaben in den Ostprovinzen in keiner Weise vernachlässigen zu lassen.

*

Die Kommentare des offiziösen Bureaus zu diesem Telegrammwechsel zwischen Regierung und Oberster Heeresleitung sind durchaus nicht zufriedenstellend. Wir fragen: Wie konnte es kommen, daß die Heeresleitung eine Rundfrage von so großer politischer Tragweite auf eigene Faust zu veranstalten versuchte?! Wir müssen von der Reichsregierung fordern, daß sie der Obersten Heeresleitung entschiedener, als es bisher offenbar geschehen ist, klar macht, was im republikanischen Deutschland zu den Obliegenheiten der Heeresleitung gehört und was nicht, damit solche „Mißverständnisse" künftig ausgeschlossen sind.

Abgesehen von dieser versuchsweise verübten Eigenmächtigkeit der Obersten Heeresleitung zeugt die Rundfrage von besonderem politischen Dilettantismus. Wer nicht, wie die Bolschewisten, auf so ungewisse Größen wie die Weltrevolution bauen will, der muß wissen, daß in Deutschland die psychologischen und vor allem die technischen Vorbedingungen zu einer Fortsetzung des Krieges gegen die Entente fehlen. Eine nationale Erhebung nach dem Vorbild von 1812/13 käme heute auf ein sinnloses Blutvergießen hinaus, denn das deutsche Volk ist durch vier Jahre „nationaler Erhebung" physisch und technisch völlig erschöpft, während die Entente noch immer Kraftüberschuß zeigt. Wie rasch war Ungarn überwältigt!

Wir gehören nicht zu den Gespensterseehern, die sofort über Gegenrevolution zetern, wenn militärische Stellen einmal politischen Unsinn treiben. Aber mehr Ueberwachung der oberen Militärs durch die Regierungen müssen auch wir fordern. Die konfuse politische Situationsbetrachtung der Obersten Heeresleitung zeigt sich nämlich auch bei andern militärischen Instanzen. So geht jetzt durch einen Teil der sächsischen Presse ein (auch in der Sonntagsnummer der Dresdner Volkszeitung veröffentlichter) Aufruf der 2. Grenzjäger-Brigade, der ganz im Stile der nationalen Erhebung Freiwillige wirbt. Wenn man dabei den Schutz der Süd- und Ostgrenzen im Auge hat, so soll man das klar sagen; dieser Aufruf aber muß den Anschein erwecken, als rüsteten wir zu einem neuen Krieg gegen die Entente. Solche Stilübungen müssen im Volke Verwirrung und in Versailles ein Mißtrauen erzeugen, das unsre Aussichten auf günstige Verhandlungen nicht verbessert.

Hoffentlich überwacht das sächsische Ministerium für Militärwesen die militärischen Veröffentlichungen in Zukunft besser — auch was den Ton über Disziplin anbelangt. Manneszucht ist gewiß in jeder Truppe nötig, aber diese Auffassung wurde in Aufrufen mitunter durch Formulierungen ausgedrückt, wie sie im alten Deutschland gang und gäbe waren.

Reichswehr und Gegenrevolution.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Wieder einmal versichert die Freiheit, daß die Reichswehr das wirksame Instrument der Gegenrevolution sei. Diese Behauptung wird nach den skandalösen Vorkommnissen in dem Prozeß wegen der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs gewiß von viel mehr Leuten geteilt als zuvor und ist doch grundfalsch. Am Sonnabend tagte in der Berliner Universität ein Vertretertag der Reichswehrformationen, der einen guten Einblick in die politische Auffassung der gegenwärtig vorhandenen Truppen gewährte.

Es handelte sich um eine politische Kundgebung, um die schon gemeldete Stellungnahme der Reichswehr zu den Friedensbedingungen. Das ist an sich nicht ganz zulässig, denn der einzelne Soldat behält zwar alle Rechte des Bürgers, aber das Militär als solches hat keine eigene Politik zu treiben. Auch in der angenommenen Erklärung steht mancher Satz, der vom sozialdemokratischen Standpunkt aus berechtigter Anfechtung unterliegt. Gleichwohl wird man in diesem Ausnahmefall der Reichswehr nachsehen dürfen, daß sie sich über die Fragen äußern wollte, die jeden Deutschen zu tiefst berühren.

In der Versammlung von etwa 800 Vertretern saßen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten bunt durcheinander, etwa je zu einem Drittel gemischt. Die Leitung hatte ein Hauptmann vom Stabe Lüttwitz. Nach Referaten des deutschnationalen Abgeordneten Professors Poetzsch, der in der Kreuzzeitung stets eine verhältnismäßig vernünftige Kriegspolitik getrieben und u. a. den Brester Frieden scharf bekämpft hat und des Genossen Heilmann, entwickelte sich eine Debatte, die zeigte, daß in der Reichswehr zwar glücklicherweise ein gewisses Mindestmaß von Disziplin wieder hergestellt ist, daß aber von einer Wiederaufrichtung des alten Militarismus nicht im entferntesten die Rede sein kann. Ohne jede Scheu vor den Offizieren sprachen die Soldaten rückhaltlos aus, was sie über die ganze Kundgebung und über die einzelnen Friedensfragen dachten.

Im Anschluß an Ausführungen des sozialdemokratischen Redners warf z. B. ein Soldat die Frage auf, ob der Protest gegen die Verminderung der deutschen Wehrmacht auf 100 000 Mann nicht einen unzulässigen Vorstoß gegen die Regierung darstelle, die in diesem Punkte den Ententeforderungen nachgekommen sei. Es wurde erwidert, diese Zulage der Regierung sei nur gegeben für den Fall sofortiger Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund; außerdem wäre eine genügende Uebergangsfrist gefordert, um inzwischen die politische und die bolschewistische Gefahr hinreichend zu bekämpfen. Ein Soldat aus Bromberg protestierte dagegen, daß der sozialdemokratische Redner gesagt hätte, im Falle der Nichtunterzeichnung würden zweifellos die Ententetruppen einrücken, und dieser Vormarsch würde lediglich ein Spaziergang sein, da in Deutschland kein vernünftiger Mensch an bewaffneten Widerstand denke. Sofort erwiderte ein Offizier von einem Korpsstab, es würde in der Tat Wahnsinn sein, an einen neuen Kampf mit dem französischen oder englischen Heer zu denken, und ein Soldat fügte hinzu, die Reichswehr werde kämpfen oder nicht kämpfen, je nachdem es die Regierung befehle. Aber die Soldaten, die bereits im Westen gestanden hätten, bezeugten ausnahmslos, daß an einen gewaltsamen Widerstand gegen die Ententeheere nicht im Traume zu denken sei. Der Vertreter der Eisernen Brigade aus Libau schloß die Debatte mit der Bemerkung ab, die Reichswehr kenne nur eine Politik, die der vom ganzen Volke demokratisch gewählten Regierung, und sei viel zu stolz auf die deutsche demokratische und soziale Republik, als daß sie den Wunsch nach Reaktion oder Anarchie hegen könnten. Solche Worte fanden allgemeine Zustimmung, und alle Zuhörer, auch die sonst der Politik noch sehr skeptisch gegenüberstehen, bestätigten unter dem Eindruck dieser Versammlung, daß die Reichswehr unter keinen Umständen zu irgendwelchen gegenrevolutionären Unternehmungen oder Putschen die Hand bieten würde. Der Streit darüber, ob die Mehrzahl der Offiziere für die Republik unbedingt zuverlässig ist, kann danach ruhig beiseite bleiben; die Mannschaften sind nicht mehr willenlose Werkzeuge in der Hand ihrer Offiziere, und würden einem Befehl, irgendwas gegen die Volksregierung zu unternehmen, selbst wenn er erteilt würde, unter keinen Umständen nachkommen. Die Offiziere, die selbst das Wort ergriffen, anerkannten übrigens unumwunden ihre unbedingte Gehorsamspflicht gegenüber den Gesetzen der Demokratie.

Wenn man die Vertreter der Reichswehrformationen selbst gesehen hat, wird einem erst vollkommen klar, wie albern das Zerrbild ist, das die Presse der Unabhängigen von diesen zeichnet. Das Geschrei von der drohenden Gegenrevolution,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190602/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

das die Unabhängigen und Kommunisten schon im November und Dezember ausstießen und mit den wüstesten Schwindelnachrichten stützten, haben wir nie ernst genommen. Erst nach den Januar- und Märzputschen konnte man zweifelhaft werden, ob nicht die starken Ansprüche an Militär- und Offizierkorps diesen doch wieder ein zu hohes Maß politischer Macht gäben, das unter Umständen ernste Gefährdungen der jungen Republik herbeiführen könnte. Heute dürfen wir sagen, daß auch die neuerlichen Besorgnisse gänzlich grundlos sind. Die Gefahr einer Gegenrevolution könnte erst dann ernst werden, wenn eine spartakistische Schreckenszeit in ganz Deutschland vorhergegangen ist.

Der Parteivorstand zu den lettischen Vorgängen.

In seiner Sitzung am 30. Mai beschäftigte sich der Parteivorstand auch mit den Vorgängen in Lettland. Er beschloß, dringend zu fordern, daß schon vor Beendigung der Untersuchung die Mitglieder des Volksrats (d. h. der lettischen Regierung) enthaftet werden, falls das inzwischen noch nicht geschehen sein sollte. Er hat weiter die Abberufung des verantwortlichen Chefs des dortigen Militärgouvernements, des Grafen von der Goltz, sowie all der Offiziere verlangt, die sich nachgewiesenen Uebergriffen gegenüber der rechtmäßigen lettischen Regierung zuschulden kommen ließen. Endlich fordert er, daß jede Verbindung der im Baltikum stehenden deutschen Truppen mit der baltischen Landeswehr, dem Organ der reaktionären Cliquen Lettlands, sofort und in jeder Beziehung gelöst wird. Der Parteivorstand erwartet, daß die deutsche Regierung der Entente gegenüber nachdrücklichst darauf besteht, daß die deutschen Truppen aus den zu dem früheren russischen Reich gehörigen Gebieten zurückgezogen werden. Der Parteivorstand, der bereits am 14. Mai dem Internationalen sozialistischen Bureau in Amsterdam seine Auffassung über diese Vorgänge dargelegt hatte, hat sich jetzt erneut dorthin gewandt und dasselbe ersucht, bei den Ententeregierungen darauf hinzuwirken, daß diese ihren Widerstand gegen die Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Baltikum aufgeben.

Den lettischen Genossen gegenüber, die nach einem teilweise in Nr. 254 der Freiheit veröffentlichten Aufruf an das deutsche Proletariat behauptet haben, daß alle von den Vertretern unsrer Partei auf den Konferenzen in Bern und Amsterdam abgegebenen Erklärungen unwahr und bewiesene Lüge sind, stellt der Parteivorstand fest, daß die am 30. April 1919 in Amsterdam dem Genossen P. Seja durch die Genossen Müller und Wels gegebene Erklärung nach wie vor zu Recht besteht. Wenn trotzdem gegen die Genossen Müller und Wels von lettischer Seite öffentlich der Vorwurf verbreitet wird, daß sie bewiesene Lügen verbreitet und das Vertrauen der Internationale gewissenlos mißbraucht hätten, so verbitten sich diese in aller Freundschaft solche unverschämten Redensarten.

Der Friede der Alldeutschen.

Von Philipp Scheidemann.

Im Vorwärts schreibt Genosse Scheidemann: Die Alldeutschen regen sich wieder. Sie glauben den Zeitpunkt für ein neues Hasardspiel gekommen. Nachdem sie durch jahrzehntelange Hetze das deutsche Volk in den vernichtenden Krieg getrieben haben; nachdem sie durch die übertriebensten Forderungen und die Verfemung jedes Andersdenkenden seinen rechtzeitigen Abschluß unmöglich gemacht haben; nachdem sie dadurch den Bogen überspannt haben, bis er brach und mit ihm Reich und Volk: nach alledem versuchen sie jetzt den Frieden zu verhindern und die Gegenvorschläge der Reichsregierung zu diskreditieren. Die alten Geister benutzen die alten Methoden. Wieder sollen die Träger des Verhandlungsgedankens zu Verbrechern gestempelt werden. Wieder geht ein Schimpf- und Verleumdungsfeldzug gegen einzelne Personen los, und es ist mir eine Ehre, daß sich die Kübel der Unentwegten vor allem auf mich ergießen.

Scheidemann-Friede! Wem klingt diese Parole nicht vertraut? War das nicht während des Kriegs ein beliebtes Verdammungswort? Was verstanden die Herren der Rechten damals unter dem Scheidemann-Frieden? Doch wohl den Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen", auf den ich nicht erst gekommen bin, wie die U-Boot-Heroen und Gottstrafe-England-Schreier, nach dem endlichen Eintritt der längst vorhergesagten Niederlage.

Am 29. Mai 1915, also im zehnten Monat des Kriegs, habe ich, wie ähnlich vorher in zahlreichen Versammlungen, im Reichstag gesagt:

„Das höchste und wertvollste Recht für jedes Volk ist in unsern Augen das Recht der Selbstbestimmung. . . . Im Frieden kann man mit Nachbarvölkern nur leben, wenn man sie nicht vergewaltigt, wenn man ihr Selbstbestimmungsrecht nicht angetastet hat."

Und drei Jahre später, auf der Höhe unsrer militärischen Erfolge:

„Grundsätzlich sind wir Sozialdemokraten Gegner aller Annexionen und Vergewaltigungen, mögen sie nun leicht oder schwer ausführbar, mit kleinen oder großen Opfern erreichbar, dem erobernden Volke fürs erste nützlich oder schädlich sein."

Das und nichts andres hieß einstens „Scheidemann-Friede", und nun will ich fragen: Was würden die Herren von der Rechten sagen, wenn sie heute solch einen Frieden haben könnten, bei dem, nach einem andern Wort von mir, was deutsch ist, deutsch bliebe? Würden sie heute nicht auf Knien anbeten, was sie vor einem Jahre noch verdammten? Freilich haben sie und ihresgleichen inzwischen erfreulich zugelernt. Meine Freunde und ich brauchten weder die Reden des Präsidenten Wilson, noch die Lehren der Niederlage, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker in nationaler und wirtschaftlicher Beziehung als das höchste Prinzip anzuerkennen und den Völkerbund als letztes Ziel vor Augen zu haben. Ich kann heute meine Aeußerungen während des Krieges eine an die andre reihen, ohne mit mir und meinen Idealen in Widerspruch zu kommen. Wie aber die Alldeutschen? Man lese folgenden Satz: „Freunde und Helfer in der Zukunft wird Deutschland nur finden, wenn es sich . . . nicht selbst verliert durch Unterzeichnung von Bedingungen, die nicht in allen wesentlichen Punkten dem unverfälschten Programm Wilsons entsprechen." Wer spricht hier wohl? Ein Pazifist, ein Verständigungspolitiker, ein bewährter Gegner von Annexionen und Gewaltpolitik? Nein, sondern Graf Reventlow, der vier Jahre lang nicht genug Schimpf und Spott auf Wilson häufen konnte, der wie seine Gesinnungsgenossen nach dem Reichsanwalt schrie gegen diejenigen, die seit Kriegsbeginn einen Frieden befürworteten, wie er jetzt von den Herren selber ersehnt, aber dank ihrer Kriegspolitik kaum mehr durchzusetzen ist.

Nun kann natürlich mit diesem „Scheidemann-Frieden" nicht mehr krebsen gegangen werden. Und schon erfindet man einen andern und entblödet sich nicht, einen Frieden, wie ihn unsre Gegner uns aufzwingen wollen, mit diesem Namen zu belegen! Daß ich im Auftrage des gesamten Kabinetts diese Bedingungen für unannehmbar erklärt habe, behindert sie in diesem schmählichen Schwindel ebensowenig, wie die Tatsache, daß unsre Gegenvorschläge unwiderleglich unsre Stellung klarlegen. Die Presse der ganzen Rechten heult, auf eine gegebene Parole, das Schlagwort vom „Scheidemann-Frieden", um durch ihr Geschrei die öffentliche Aufmerksamkeit von den wahrhaft Schuldigen abzulenken, denen wir es allein verdanken, daß der militärische Zusammenbruch ein zermürbtes, gequältes, im tiefsten mit Haß gefülltes Volk vorgefunden hat.

Angesichts dieser Tatsachen ist es ein unerhörtes Verlangen der Alldeutschen, die heutige Reichsregierung solle die schwere Schuld übernehmen oder gar verteidigen, welche die alldeutsche Clique und ihre Exponenten vor und während des Kriegs auf sich geladen haben. Die Herren, dessen können sie sicher sein, werden von der Schuldfrage noch genug zu hören bekommen! Geht die Entente auf unser Verlangen ein, einen neutralen Gerichtshof zu errichten, so werden sie ja dort Gelegenheit finden, ihre „Unschuld" darzutun. Lehnt die Entente ab, so wird der deutsche Staatsgerichtshof seine Pflicht tun. Vor ihm wird der Prozeß zu führen sein, aus dem alle Welt ersehen wird, daß die Alldeutschen und mit ihnen ein großes unschuldiges Volk das geerntet hat, was jene gesät haben, einen Vernichtungsfrieden!

Die Nationalversammlungswahlen.

Ueber die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wurden in der neuesten Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts im ersten Ergänzungsheft der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Jahrgang 1919, ausführliche Mitteilungen bekannt gegeben.

Nach dem damit vorliegenden endgültigen Wahlergebnis betrug die Zahl der Wahlberechtigten auf Grund des neuen erweiterten Wahlrechts rund 37 Millionen gegen rund 14 Millionen nach dem bisherigen Reichstagswahlrecht. Von den Wahlberechtigten waren 46 Proz. Männer und 54 Proz. Frauen. Von je 100 wahlberechtigten Männern standen 2,8 im Alter von 20 Jahren, 11,4 im Alter von 21 bis 25 Jahren und 65,8 im Alter von über 25 Jahren; von je 100 wahlberechtigten Frauen standen in den drei Altersgruppen 3,0 bis 13,6 und 83,4. Auf je 100 wahlberechtigte Männer entfielen bei den 20jährigen 126,8, bei den 21- bis 25jährigen 140,5 und bei den über 25jährigen 114,3 wahlberechtigte Frauen.

Die Wahlbeteiligung war etwas geringer als bei der letzten Reichstagswahl, sie betrug nur 83,0 Proz. gegen 84,7 Proz. im Jahre 1912. Die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen war nahezu gleich, jedoch zeigten sich in den Altersgruppen erhebliche Unterschiede. Die Wahlbeteiligung der jüngeren Männer war erheblich geringer als die der jüngeren Frauen, die der über 25jährigen Männer dagegen war größer, als die der gleichaltrigen Frauen; sie betrug bei den 20jährigen männlichen Personen nur 59,6 Proz., bei den gleichaltrigen weiblichen Personen dagegen 80,5 Proz.; bei den 21- bis 25jährigen betrug die Wahlbeteiligung der Männer 70,5 Proz., die der Frauen 80,9 Proz., und von den über 25jährigen hatten 84,8 Proz. der Männer, dagegen nur 82,6 Proz. der Frauen ihr Wahlrecht ausgeübt.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen 37,9 Prozent auf die Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei, 19,7 Prozent auf die der Christlichen Volkspartei, 18,5 Prozent auf die der Deutschen Demokratischen Partei, 10,3 Prozent auf die der Deutschnationalen Volkspartei, 7,6 Prozent auf die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, 4,4 Prozent auf die der Deutschen Volkspartei und 1,6 Prozent auf die der sonstigen Parteien.

Unter Berücksichtigung der in den einzelnen Wahlkreisen zugelassenen Verbindungen von Wahlvorschlägen entfallen nach dem Verhältniswahlsystem 163 Abgeordnete auf die Sozialdemokratische Partei, 91 auf die Christliche Volkspartei, 75 auf die Deutsche Demokratische Partei, 44 auf die Deutschnationale Volkspartei, 22 auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, 19 auf die Deutsche Volkspartei und 7 auf die sonstigen Parteien.

Würden keine Verbindungen von Wahlvorschlägen zugelassen worden sein, so würden auf die einzelnen Parteien in der gleichen Reihenfolge entfallen sein: 174, 87, 75, 42, 22, 17 und 4 Abgeordnete.

Wäre das System der Verhältniswahl für das Reich als ganzes durchgeführt und die Zahl der den einzelnen Parteien zuzuweisenden Abgeordneten im Verhältnis der Gesamtzahl der im ganzen Reiche abgegebenen gültigen Stimmen berechnet worden, so würden auf die Parteien in der gleichen Reihenfolge entfallen sein: 162, 84, 79, 43, 32, 18 und 3 Abgeordnete. Es hätten dann weniger erhalten: die Sozialdemokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei je 1 Abgeordneten, die Christliche Volkspartei 7 Abgeordnete und die sonstigen Parteien 4 Abgeordnete, dagegen hätten die Deutsche Demokratische Partei 4 und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 10 Abgeordnete mehr erhalten. Die Verbindung von Wahlvorschlägen hat also einen merklichen Einfluß auf die Verteilung der Abgeordnetensitze auf die Parteien ausgeübt. Die vorgekommenen Verbindungen der Wahlvorschläge der Parteien sind daher in dem Heft eingehend dargestellt, außerdem ist eine Uebersichtskarte der Grenzen der Wahlkreise mit einer farbigen Darstellung der Zahl und der Parteistellung der gewählten Abgeordneten beigegeben. Das Heft ist durch den Buchhandel, Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Berlin, zum Preise von 8 M. zu beziehen.

Das neue bayerische Kabinett.

In der Sitzung des bayerischen Landtags vom Samstabend erklärte Ministerpräsident Hoffmann, daß das Ministerium seine Aemter niederlege. Er sprach sich dahin aus, daß die Neubildung des Ministeriums nicht nur dadurch bedingt sei, bei der Minderzahl der mehrheitssozialistischen Abgeordneten auch Mitglieder gegnerischer Parteien ins Ministerium aufzunehmen, sondern daß er durchdrungen sei von der Ueberzeugung, daß in dieser Zeit schwerster Not, wo uns der Feind so ungeheuerliche Friedensbedingungen auferlege, das ganze Volk, alle Parteien, miteinander arbeiten müßten, gemeinsam wirken müßten am Wohle des Vaterlandes. Hierauf vertagte sich das Haus um eine Stunde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde Ministerpräsident Hoffmann mit 75 Stimmen zum Ministerpräsidenten wiedergewählt, die Bauernbündler halten sich der Wahl enthalten; 15 Zettel waren unbeschrieben, drei Stimmen zersplittert. Der Präsident des Landtags Schmidt verlas hierauf die vom Ministerpräsidenten Hoffmann ihm zur Bekanntgabe übergebene Ministerliste, in der u. a. folgende Namen verzeichnet sind: Vorsitz, Aeußeres und Kultus der bisherige Ministerpräsident Hoffmann (Mehrheitssoz.) Inneres der bisherige Justizminister Endres (Soz.), soziale Fürsorge der bisherige Minister des Innern Segitz (Soz.), Handelsministerium Regierungsrat Dr. Hamm (Dem. und Fachminister), Finanzministerium der Vorsitzende der Zentrumspartei Speck, Landwirtschaftsministerium der Gutsbesitzer und Vorsitzende der Landwirtschaftskammer Frhr. von Freyberg, Ministerium für militärische Angelegenheiten Schneppenhorst (Soz.), Justizministerium Oberlandesgerichtsrat Dr. Müller-Meiningen und Verkehrsministerium Frauendorfer (Fachminister). Dem Bauernbund werden in zwei Ministerium je eine Staatsratsstelle zugestanden, und zwar im Minister des Innern und im Postreferat.

Präsident Schmidt gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch die gemeinsame Arbeit der Parteien nach dieser Zeit schwerer Sorge Bayern bald einer besseren Zukunft entgegengehen möge. Die Bildung des Ministeriums sei erfolgt unter der Voraussetzung, daß alle Parteien ein Interesse daran haben, das staatliche und wirtschaftliche Leben Bayerns in geordnete Bahnen zu lenken. Die nächste Sitzung — Besprechung der politischen Lage — wurde auf Montag vormittag festgesetzt.

Die Parteien haben sich verpflichtet, in den Landtagsfraktionen folgendes Programm zur Annahme zu bringen: 1. die bayerischen Bergwerke und Wasserkräfte in Gemeinwirtschaft zu nehmen, 2. planmäßige Beeinflussung und Kontrolle der für Nahrung, Wohnung und Kleidung maßgebenden Betriebe, 3. allmähliche Ueberführung der Apotheken in die Gemeinwirtschaft, 4. Durchführung des Siedlungsgedankens und 5. soziale Maßnahmen und Kriegsbeschädigtenfürsorge, wie Arbeiter- und Angestelltenrecht, Arbeiterversicherung und Arbeitsnachweis, Bekämpfung der Boden- und Grundstückspekulation sowie die Schaffung von Heimstätten für Kriegsbeschädigte.

„Finanzielle Solidarität der Alliierten."

Versailles, 1. Juni. Einem Mitarbeiter des Matin gegenüber äußerte sich Ribot über die finanziellen Lasten Frankreichs in den nächsten Jahren. Ribot berechnet, daß Deutschland bis 1926 Frankreich vier Milliarden bezahlen wird. Während derselben Zeit werde Frankreich 25 Milliarden für Pensionen, 37 Milliarden für Kriegsschäden und 15 Milliarden für die Anleihen, welche Frankreich zur Bestreitung der Wiedergutmachungskosten werde ausgeben müssen, zu bezahlen haben. Unter Berücksichtigung des Erlöschens von Pensionen dürfte Frankreich zunächst 40 Milliarden vorzuschießen haben. In den Jahren 1926 bis 1931 werde Deutschland 1800 Millionen jährlich an Frankreich zahlen, während Frankreich in derselben Zeitspanne mindestens 50 bis 60 Milliarden auszugeben haben werde. Diese großen Ausgaben Frankreichs erklärt Ribot mit der Notwendigkeit, Anleihen zur Deckung der Wiederherstellungskosten ausgeben zu müssen. Zum Schlusse erklärte Ribot, man werde ihm vielleicht vorhalten, daß Frankreich Schatzscheine, welche Deutschland ihm geben werde, eskomptieren könne. In diesem Falle eskomptiere Frankreich nicht die Zinsen, sondern das Kapital, und müsse in diesem Falle amortisieren. Auch bei dieser Voraussetzung gelange man nicht zu einem günstigeren Resultat. Er wolle durch die Klarstellung der Finanzlage und die Veröffentlichung dieser erschreckenden Zahlen die öffentliche Meinung auf die Notwendigkeit der finanziellen Solidarität aller Alliierten lenken.

Der Schutz der nationalen Minderheiten.

Versailles, 1. Juni. Gestern nachmittag ist den kleinen Mächten, die Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt hatten, im französischen Ministerium des Aeußeren der Vertragsentwurf für Oesterreich vorgelegt worden. Die geheime Beratung über ihn dauerte zwei Stunden und betraf, wie Matin berichtet, hauptsächlich die Maßnahmen zum Schutze fremdstämmiger Minderheiten in Polen, in der Tschecho-Slowakei, in Südslawien und Rumänien. Im Namen dieser vier Staaten erklärt Bratianu, daß die Großmächte sich mit diesen Bestimmungen in die innere Gesetzgebung der kleinen Staaten einmischten. Falls Maßregeln über Minderheiten völkerrechtlich festgelegt werden sollten, müßten sie unterschiedslos auf alle Mächte angewandt werden, oder nicht eine Benachteiligung der kleinen Staaten bedeuten oder ihre Souveränität beeinträchtigen. Laut Echo de Paris erwiderte Clemenceau in kräftigem Tone, daß die im Vertrage vorgesehenen Maßnahmen beibehalten werden müßten. Daraufhin erhoben sich Paderewski für Polen, Kramarsch für die Tschecho-Slowakei und Trumbitsch für Südslawien und schlossen sich den Aeußerungen Bratianus an. In langer Rede rechtfertigte sodann Wilson die zur Erörterung stehenden Bestimmungen und erklärte, daß die Großmächte die ganze Verantwortung für diesen Frieden trügen und dafür bürgten, daß alle Bürger der jetzt entstandenen neuen Staaten gerecht behandelt würden; doch sei er bereit, in Fassungänderungen des fraglichen Abschnittes zu willigen, damit er nicht mehr als Ausnahmebestimmung oder als Zwang gegenüber gewissen Ländern erscheine. Ein Vorschlag von Venizelos, die Großmächte müßten zusammen mit den Kleinstaaten den fraglichen Abschnitt unverzüglich abändern, wurde angenommen und eine befriedigende Einigung erreicht.

Wie Matin hervorhebt, schieben die Vertreter der vier kleinen Staaten der französischen Abordnung die Schuld an diesen Unstimmigkeiten zu, doch dürften sie nicht vergessen, daß Frankreich und seine Abordnung während der ganzen Friedensverhandlungen mit aller Kraft für ihr Wohl eingetreten seien, sie dürfen sich also durch den etwas schroffen Ton Clemenceaus ihnen gegenüber nicht vor den Kopf gestoßen fühlen.

Deutsches Reich.

Zur Flucht des Oberleutnants Vogel.

In der Fluchtangelegenheit des Oberleutnants Vogel ist, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, bis jetzt folgendes festgestellt worden:

Am 31. Januar d. J. wurde in der Waffenstillstandskommission für einen als Kurier reisenden Kurt Velsen ein sogenannter Dreisprachenausweis ausgestellt. Derselbe trägt keine Photographie und berechtigt lediglich zur Einreise nach Spa. Mit diesem Ausweis und einem vom Polizeipräsidium Berlin am 5. Mai 1919 nach Deutschland und Holland ausgestellten Paß erschien am 13. Mai auf der Paßstelle des Auswärtigen Amtes ein Herr, der angeblich im Auftrage der Waffenstillstandskommission um Aus-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190602/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

lung eines Rückreisesichtvermerks nach den Niederlanden für den Beauftragten der Waffenstillstandskommission Herrn Kurt Velsen hat. Der Paß war vorschriftsmäßig mit Personalbeschreibung und mit einer Photographie des Paßinhabers mit eigenhändiger Unterschrift versehen; die Polizei hatte unter der Photographie bescheinigt, daß der Paßinhaber tatsächlich die durch die Photographie dargestellte Person sei und die Unterschrift eigenhändig vollzogen habe. Ferner war die Photographie auch vorschriftsmäßig abgestempelt. Auf Grund der vorgelegten Dokumente wurde dem Inhaber der Vermerk zur Erlaubnis der Ein- und Rückreise gegeben. Der holländische Sichtvermerk, ohne den die Einreise nach Holland unmöglich ist, erfolgte durch das holländische Generalkonsulat, ohne eine Bitte oder Empfehlung einer deutschen Behörde. Es ist festgestellt, daß das Polizeipräsidium weder auf Velsen noch auf Vogel je einen Paß ausgestellt hat. Durch die sehr geschickt ausgeführte Fälschung hat sich also sowohl der Beamte des Auswärtigen Amtes wie das holländische Generalkonsulat täuschen lassen.

Wenn in der Presse gegen die Paßstelle des Auswärtigen Amtes der Vorwurf erhoben ist, daß sie die Identität des auf dem Paßamt Erschienenen mit der auf der Photographie dargestellten Persönlichkeit nicht nachgeprüft habe, so ist das durchaus unbegründet. Die Prüfung ist allein Sache der Polizeibehörde und hatte nach den Angaben des gefälschten Passes bereits stattgefunden. Die Persönlichkeit, die auf der Paßstelle des Auswärtigen Amtes erschien, hatte gar nicht behauptet, Paßinhaber zu sein. Daß auf der Paßstelle das persönliche Erscheinen des Velsen nicht verlangt worden ist, entspricht den in solchen Fällen jetzt gültigen Vorschriften. Der Bericht des deutschen Gesandten im Haag, der eingefordert worden ist, besagt, daß die Nachrichten über den Aufenthalt Vogels unter dem Schutze oder bei der Gesandtschaft frei erfunden sind. Inzwischen gehen die Nachforschungen in Holland weiter. Sobald genügend Unterlagen vorhanden sind, wird das Auslieferungsverfahren bei der holländischen Regierung beantragt werden. Wegen Fälschung des Passes ist ein Verfahren gegen Unbekannt eröffnet und bei dem Zivilgericht anhängig gemacht worden. Auch darüber sind die Nachforschungen im Gange, wie die Papiere des Velsen an Vogel gekommen sind.

Die Leiche Rosa Luxemburgs gefunden.

m. Berlin, 2. Juni. Die Leiche Rosa Luxemburgs ist vorgestern im Landwehrkanal gefunden worden. Sie war offenbar durch ein Wehr festgehalten worden, so daß sie bis jetzt trotz vielfacher Nachforschungen durch Taucher nicht hatte entdeckt werden können.

Ausland.

Seegefecht zwischen Bolschewisten und Engländern.

Helsingfors, 1. Juni. Bei Björkö hat ein neues Seegefecht zwischen englischen und bolschewistischen Streitkräften stattgefunden. Die Bolschewisten scheinen in der Richtung auf Kronstadt geflohen zu sein. Eine Abordnung der Bewohner von Olonetz hatte eine Unterredung mit den Vertretern Amerikas, Englands und Frankreichs und erhielt die Zusicherung, daß ihre Wünsche der Friedenskonferenz vorgetragen werden würden.

Der vorsichtige Wilson.

Amsterdam, 1. Juni. Den Times wird aus Paris gemeldet, daß Präsident Wilson bezüglich der Anerkennung Koltschaks vorsichtig ist. Wie berichtet wird, werden die Amerikaner eine Studienkommission entsenden, welche Berichte über Koltschaks Pläne erstatten soll.

Polnische Einberufungen.

Graudenz, 2. Juni. Nach zuverlässigen Nachrichten aus Posen sind die Jahrgänge 1895 bis 1900 eingezogen. Die Jahrgänge 1881 bis 1884 und 1901 sind in der Einziehung begriffen und zwar ohne Rücksicht auf die Nationalität. — Das Gouvernement Graudenz fordert die Deutschen in Westpreußen auf, die Regierung im Bestreben, Westpreußen dem Reiche zu erhalten, zu unterstützen, damit nicht die Deutschen als Kanonenfutter für Polens imperialistische Zwecke gegen Rußland, Litauen und die Ukraine gebraucht werden sollen.

Prozeß Ledebour.

Der in der Sonnabendsitzung zuerst vernommene Zeuge war in den kritischen Januartagen im Polizeipräsidium beschäftigt. Bemerkenswert sind seine Aeußerungen über den Zeugen Thiesenhausen, der im Polizeipräsidium eine sehr merkwürdige Rolle gespielt habe. Es sei aufgefallen, daß Th. stets in Abwesenheit von Aufsichtsbeamten lange Diktate habe anfertigen lassen und dann gewöhnlich damit verschwunden sei. Ein weiterer Zeuge, der zu gleicher Zeit im Marstall Kurierdienste leistete, hat ein Schreiben vorgelegt bekommen, das später im Vorwärts veröffentlicht worden ist und das die Unterschrift Liebknechts, Ledebours und Scholzes trug. In dem Schreiben wird erklärt, daß sich eine neue Regierung gebildet habe, die nunmehr für Ruhe und Ordnung sorgen werde. Der Zeuge bekundet ferner, daß im Marstall Waffen an Zivilisten verteilt worden seien, und zwar in der Hauptsache Gewehre und Pistolen. Ledebour soll dem Zeugen gegenüber geäußert haben, an den Vorgängen in den letzten Dezembertagen trage lediglich die Regierung die Schuld.

Ledebour: Früher ist von Zeugen gesagt worden, Liebknecht und ich hätten sich im Marstall mit der Waffenausteilung befaßt. Haben Sie davon etwas gesehen? — Zeuge: Gesehen habe ich davon nichts, es war aber schwer, in dem Wirrwarr jemand genau zu erkennen. — Angeklagter: Kommen Sie nicht mit Kombinationen! Antworten Sie mit Ja oder Nein. — Vorsitzender: Wenn der Zeuge keine genaue Antwort geben kann, dann ist die Form, in der er geantwortet hat, berechtigt. — Angeklagter: Sie können also nicht sagen, daß ich mich um die Waffenausgabe gekümmert habe? — Zeuge: Man kann sich um die Waffenausgabe kümmern, ohne selbst Waffen auszuteilen. — Angeklagter (sehr erregt): Sehen Sie, Herr Vorsitzender, was Sie mit Ihrer Deutung angerichtet haben! — Vorsitzender: Diesen Ton muß ich unbedingt zurückweisen. — Staatsanwalt: Kurz nach der Revolution ist ein Erlaß erschienen, der es den Gerichten zur strengsten Pflicht machte, die Zeugen zu schützen. Der Erlaß stammte von dem damaligen Justizminister und heutigen Verteidiger Rosenfeld. (Bewegung im Zuhörerraum.) Der Angeklagte antwortet in außerordentlich gereiztem Tone. — Vorsitzender (sich erhebend): Das Gericht wird zu dem Vorgange Stellung nehmen. — Hierauf ergreift einer der Verteidiger das Wort und nimmt kurz zu der Sache Stellung, worauf Ledebour seine Bemängelung der Geschäftsführung des Vorsitzenden zurücknimmt und sein Bedauern über den Ton ausdrückt, in dem er sich ausgelassen habe. — Staatsanwalt Syhae: Diese Erklärung des Angeklagten dürfte genügen, und dies um so mehr, als auch die von dem Zeugen gewählten Wendungen nicht ganz glücklich waren.

Es wird in der Verhandlung fortgefahren. Dem sodann vernommenen Zeugen Hamburger ist das Schriftstück von einem „Regierungsknechte", das von Ledebour, Liebknecht und Scholze unterzeichnet war, ebenfalls zugegangen. Er war beim Kriegsministerium beschäftigt und sollte verpflichtet werden, im Sinne der „neuen Regierung" zu wirken. Er lehnte das ab, weil die Unterschriften nur mit Schreibmaschine geschrieben waren. Der Zeuge hat das Schriftstück einem Journalisten Moser übergeben und 100 Mark dafür bekommen. — Auf Antrag der Verteidigung beschließt das Gericht, Herrn Moser laden zu lassen.

Hans Wolff, Student an der technischen Hochschule, war zur Zeit der Dezember- und Januarvorgänge auf dem Polizeipräsidium beschäftigt. Eines Abends erschien im Lichthofe des Polizeipräsidiums ein Mann, der sich als revolutionärer Obmann bezeichnete. Er suchte Leute, die eisenbahnkundig seien. Der Zeuge führt weiter aus: „Ich war vorher von meinen Kameraden und meinen vermeintlichen Vorgesetzten gezwungen worden, der Organisation der Unabhängigen sozialistischen Partei beizutreten. Als der Mann eisenbahnkundige Leute suchte, nahm ich an, daß irgendein Anschlag auf die Betriebssicherheit der Bahn oder einen Eisenbahnzug im Werke sei. Ich meldete mich in der Absicht, ein solches Verbrechen möglichst zu verhindern. Meine Ausweise wurden geprüft und ich kam mit dem Obmann in ein Zimmer, in dem außer uns beiden noch Eichhorn und Ledebour anwesend waren. Der Obmann, Eichhorn und ich besprachen die Sache. Es handelte sich darum, daß ein Zug mit Begleitmannschaften aus Stettin unterwegs sei, der um Mitternacht auf dem Stettiner Bahnhof ankommen würde. Wir sollten die Strecke begehen, sollten draußen den nächsten Bahnwärter unschädlich machen und durch das Lösen von Bolzen die Strecke unfahrbar machen. Wären diese Maßnahmen zur Ausführung gekommen, so wäre unfehlbar der Zug mit den Truppen zum Entgleisen gebracht worden. Ledebour beteiligte sich an der Besprechung nicht, sondern stand abseits am Fenster. Es war schließlich die Rede davon, daß ein Auto genommen werden sollte, in dem wir uns nach dem Stettiner Bahnhof begeben sollten. Ich habe sodann für einen Augenblick das Polizeipräsidium verlassen, um auf dem Bahnhof Alexanderplatz einen Bahnbeamten auf den beabsichtigten Anschlag aufmerksam zu machen. Der Beamte versicherte mir, daß er das Nötige veranlassen werde. Wir sind später zum Stettiner Bahnhof gefahren. Der Mann, der sich als revolutionärer Obmann bezeichnet hatte, verließ das Auto und begab sich nach dem Bahnhof. Er kam bald darauf mit dem Bescheid zurück und erklärte, unsere Arbeit sei unnötig, da der Zug nicht eintreffen werde.

Vorsitzender: Weshalb beteiligten Sie sich an der Sache? In diesem Punkte widersprechen sich Ihre Aussagen etwas. — Zeuge: Ich fühlte mich zunächst gezwungen, mich an den Unternehmungen zu beteiligen. Ich hatte das Gefühl, daß mir durch meine damaligen Vorgesetzten Gefahr drohe, wenn ich die Beteiligung ablehnen würde. Man wußte, daß ich vom Eisenbahnwesen etwas verstand. Anderseits nahm ich mir fest vor, das Verbrechen zu verhindern.

Ledebour: Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß ich mit dieser Eisenbahngeschichte nicht das Allergeringste zu tun gehabt habe. Ich nehme an, daß der Zeuge hier Vorgänge schildert, die sich am Montag den 6. Januar abgespielt haben. An diesem Tage habe ich mich abends zum ersten Male zu Eichhorn begeben. Ich hatte in jenen Tagen bis früh in die Nacht Sitzungen und war an den vorhergehenden Abenden vom einem Auto der Marinedivision nach meiner Wohnung befördert worden. Das war an diesem Abend nicht möglich und ich hatte mich zu Eichhorn begeben, um ihn zu bitten, mir für die Heimkehr in dieser Nacht ein Automobil zur Verfügung zu stellen. Ich habe von der Verabredung über den Anschlag auf die Bahnstrecke nichts gehört und habe mich auch nicht darum gekümmert.

Der Zeuge erklärt auf Befragen, daß auch er den Eindruck habe, daß Ledebour an der Eisenbahnsache nicht beteiligt gewesen sei. Das Gericht vertagt sich.

12. Verbandstag der Dachdecker.

k. Am dritten Verhandlungstag hielt der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, Paeplow, Hamburg, einen sehr interessanten Vortrag über: Die Gewerkschaft im neuen Deutschland. Redner plädierte für den Zusammenschluß der baugewerblichen Berufe für einen Verband. In der sachlich geführten Diskussion wurde vielfach eine raschere Durchführung der Sozialisierung verlangt. Einige Redner traten für den Ausbau des Rätesystems nach den Forderungen der U. S. P. ein.

In der weiteren Debatte wurde hauptsächlich die Verschmelzungsfrage berührt. Einzelne Delegierte sprachen sich direkt für die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband aus, andre verlangten den Zusammenschluß aller Verbände des Bauberufs zu einer Organisation. Der Verbandstag sprach sich gegen fünf Stimmen für die Schaffung eines großen gemeinsamen Verbandes, in dem sämtliche Bauberufe vereinigt sind, aus. In diesem Sinne soll die Verschmelzungsfrage erledigt werden.

Am 28. Mai, dem vierten Verhandlungstage, hielt zu dem Punkt Stellungnahme zum Reichstarif Verbandsvorsitzender Thomas, Frankfurt a. M., das einleitende Referat. Er bezeichnete den Vertrag als einen Fortschritt auf dem Wege der Demokratisierung des Arbeiterrechts und besprach dann eingehend die einzelnen Bestimmungen des Tarifentwurfs. Der Vertrag regelt grundsätzlich die Lohnfrage, das Ueberstundenwesen und die Akkordarbeit. Die Lehrlingsausbildung soll in Zukunft von den Arbeitern mit überwacht werden. Ein Tarifamt regelt strittige Fragen. Der Redner ersuchte, dem Vertrag zuzustimmen.

In der Diskussion sprachen sich einige Redner grundsätzlich gegen den Abschluß eines Reichstarifs aus, die Mehrzahl der Delegierten erblickte jedoch in dem Reichstarif einen Fortschritt. Der Vorstand wurde beauftragt, die Wünsche des Verbandstages auf Abänderung einzelner Bestimmungen durchzusetzen.

Ueber Bauarbeiterschutz und Sozialpolitik hielt sodann Heinke, Berlin, ein instruktives Referat. Der Verbandstag stimmte nach kurzer Aussprache einer Resolution zu, in der ein wirksamer Schutz für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter gefordert wird.

Piepenbring, Köln, referierte hierauf über die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Er begründete eine Vorlage des Vorstandes auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung und Erhöhung der Krankenunterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung solle ein Zuschuß zu der von dem Staat oder der Gemeinde gewährten Unterstützung sein.

In der Debatte erklärten sich mehrere Redner gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, da die Unterstützung Arbeitsloser Sache des Staates sei. Mit 18 gegen 7 Stimmen stimmte der Verbandstag jedoch grundsätzlich der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu.

Den letzten Verhandlungstag füllte die Beratung des Statuts aus. Die Kommission schloß sich im wesentlichen der Vorstandsvorlage an und der Verbandstag folgte diesen Vorschlägen. — Der Verbandstag findet alle zwei Jahre statt, der nächste ausnahmsweise 1922. — Bei der Wahl des Vorstands und der Gauleiter wurden der bisherige Vorsitzende Thomas und der Kassierer Diel sowie die Gauleiter einstimmig wiedergewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongreß wurden Thomas-Frankfurt a. M. und Wagner-Nürnberg gewählt.

1. Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Nachdem am Schlusse des ersten Verhandlungstages der Vertreter der Generalkommission, Schumann, eingehend die Stellung der Generalkommission zum Deutschen Eisenbahnerverbande klargelegt hatte, wurde der ganze zweite Verhandlungstag mit der Diskussion über den Geschäftsbericht ausgefüllt. Von fast allen Rednern wurden heftige Angriffe gegen den Vorstand und die Eisenbahnverwaltung bzw. den Minister Oeser gerichtet. Einigemal kam es während der Verhandlungen zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Gruppen der Delegierten und dem Vorstand. Besonders waren es die Delegierten aus Berlin, die den Vorstand heftig bekämpften. Ihnen antwortete für den Vorstand der zweite Vorsitzende. Die Beschwerden darüber, daß nicht genügend Bezirksleiter angestellt worden sind, seien nicht berechtigt, es standen keine Kräfte zur Verfügung. Die Streiks in Mitteldeutschland seien aus politischen Motiven entstanden. Als hier der Redner heftig unterbrochen wird, betont er: „Dann wissen Sie eben heute noch nicht, um was es sich bei diesen Streiks gehandelt hat." Die Vorwürfe, daß der Vorstand nichts unternommen habe, um die wegen Streikvergehen verurteilten Eisenbahner wieder frei zu bekommen, seien unberechtigt. Der Vorstand habe bereits in Berlin auf der Rätekonferenz schärfsten Protest gegen die Klassenjustiz erhoben und habe auch den Verurteilten einen Rechtsbeistand gestellt. Zu den Streiks im allgemeinen bemerkt Scheffel, daß die Kollegen in den einzelnen Orten geglaubt haben können, es gehe um wirtschaftliche Ziele, aber in der letzten Zeit ist viel Mißbrauch mit den Eisenbahnern getrieben worden. Richtig ist, daß auf wirtschaftlichem Gebiete große Unzuträglichkeiten vorhanden seien; diese sollen auch gemildert werden. Es handelt sich bei unsrer Stellung nicht um die Personen, darauf könnte man pfeifen, es handelt sich bei den ziel- und planlosen Streiks um die Ehre und das Ansehen des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Der Vorstand muß als Querulant gelten, wenn er heute diese und morgen jene Forderung vertritt. Wenn alle Verständigungsmöglichkeiten versagen, soll gewiß zu der Waffe des Streiks gegriffen werden, aber dann muß alles gut organisiert und vorbereitet sein. „Wenn Sie sich beschweren, daß vieles versäumt ist, so bedenken Sie, daß mit den Kräften der Funktionäre Raubbau getrieben wurde." Zum Schluß betont Scheffel, daß die Organisation nicht zum Tummelplatz politischer Streitigkeiten gemacht werden dürfe, Personen können fallen, aber die Einheitsorganisation muß erhalten bleiben.

Nach den Ausführungen Scheffels lief folgender Antrag der Berliner Delegation ein: „Durch die fortgesetzte Knebelung der Redefreiheit ist es den Berliner Kollegen unmöglich gemacht, ihren proletarisch gewerkschaftlichen Standpunkt, welchen sie für alle Kollegen des Deutschen Eisenbahnerverbandes eingenommen und verfochten haben, und wofür sie vom Zentralvorstande in der schärfsten Weise gegenüber den Kollegen der Provinz und auch im Ministerium in den Schmutz gezogen wurden, in erschöpfender Form allen Delegierten zur Kenntnis zu bringen. Es ist uns daher unmöglich gemacht, die wir am Orte des Vorstandes alle Schandtaten der Führer kennen und miterlebt haben, dieses auch allen Delegierten des Deutschen Eisenbahnerverbandes kund zu geben. Wir betrachten dies als eine unbedingte Notwendigkeit und erheben dagegen den allerschärfsten Protest."

Der Verlesung des Antrags folgte eine Geschäftsordnungsdebatte, die mit der Bewilligung einer halbstündigen Redezeit für den Redner der Berliner endete. Es sprach darauf Schultz, Berlin, der besonders Brunner angriff, den er als Diktator und als Wachs in den Händen der Geheimräte bezeichnete.

Die Diskussion über den Tätigkeitsbericht des Vorstandes wurde zu Ende geführt. In seinem Schlußwort betonte der Vorsitzende Brunner, daß ihm das Resultat der Vorstandswahl gleichgültig sein könne, er wünsche nur, daß der Verband, dessen Gründung und Entwicklung ein Stück seines Lebens sei, sich weiterhin zu einem gewaltigen Machtfaktor entwickeln möge.

Den Preßbericht erstattete der Redakteur des Blattes Kohn. Bezüglich der Aufnahme von Inseraten unterscheide sich der Deutsche Eisenbahner vorteilhaft von den Blättern der gegnerischen Verbände. Entsprechend der schon von Lassalle vertretenen Ansicht, daß eine gut geleitete Zeitung keine Reklameinserate bringen dürfe, lehne es auch die Redaktion ab, Inserate zu bringen. An Stelle der Inserate bringe der Deutsche Eisenbahner bildende und belehrende Artikel und Notizen, zum Beispiel eine gewerkschaftliche Rundschau, eine Uebersicht über die Vorgänge bei den inländischen Eisenbahnerorganisationen und den ausländischen Eisenbahnern. Zur grundsätzlichen Haltung des [illegible] hervor, daß die Redaktion zwar zu allen politischen Tagesfragen Stellung nehme, wenn die Interessen der Eisenbahner in Betracht kommen, daß sie es aber ablehne, sich in den Streit der beiden sozialdemokratischen Parteien zu mischen. Gegen die Eisenbahnverwaltungen wurde rücksichtslos Stellung genommen, wenn es galt, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. [illegible] dann seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber der geforderten Preßkommission. Er sieht darin nicht eine Einrichtung, die Gegensätze auszugleichen geeignet ist, sondern vielmehr eine Institution, die neue Reibungsflächen schafft.

Ueber die bisherigen Arbeiten des Zentralrates der Eisenbahnarbeiterräte berichtet Menche, Elberfeld. Aus dem Bericht geht hervor, daß das preußische Eisenbahnministerium es abgelehnt habe, den Zentralrat anzuerkennen. Die Mitglieder des Zentralrates seien lediglich in eine Kommission zur Schaffung einer Interessenvertretung der Eisenbahnarbeiter hineindelegiert worden. Was dort geschaffen worden sei, sei in höchstem Grade unbefriedigend und deshalb sind die Verhandlungen resultatlos verlaufen. Zur Diskussion über diesen Punkt sind über 20 Redner vorgemerkt.

Letzte lokale Nachrichten.

Gefährlicher Einbrecher festgenommen. Von der hiesigen Kriminalpolizei wurde am Himmelfahrtstage der 30jährige Schlosser Max Emil Ulbricht, wohnhaft in Dresden-Pieschen, in dem Augenblick festgenommen, als er in ein Zigarrengeschäft auf der Marschallstraße mittels Sperrzeugs eindringen wollte, um dort zu stehlen. Dem gemeingefährlichen Patron konnte an der Hand von vorgefundenen Beweisen eine Anzahl Einbrüche in solche Wohnungen nachgewiesen werden, deren Inhaber sie auf kurze Zeit verlassen hatten, um verstorbene Angehörige zu beerdigen. Weiter fallen ihm eine Anzahl Diebstähle zur Last, in die er ausnahmslos mit Sperrzeug eindrang. Der Festgenommene, der noch eine längere Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, lebte seit etwa Jahresfrist zweifellos nur aus den Erträgnissen von Diebstählen geschilderter Art. Personen, die von Ulbricht irgendwelche Sachen gekauft haben, werden ersucht, dies zur Vermeidung von Weiterungen der Kriminalpolizei mitzuteilen.

Pferdediebstahl. Von der Polizei konnten der 22jährige Heizer Karl Fiebler, der 21jährige Diener Max Gäbler und der 17jährige Kellner Walter Schneider ermittelt und festgenommen werden. Sie hatten in Vorstadt Löbtau zwei Pferde gestohlen und bereits weiterverkauft. Die Tiere konnten dem Eigentümer wieder zugestellt werden. Die festgenommenen Personen hatten in ihrem Besitz fünf Militärpässe und Einwohnerscheine, auf die Namen Clemens Erhardt Reiche, Bäcker aus Roßwein, Max Edwin Roser, Knecht aus Mö'bis, Willi Rudolf Bitterlich, Tischler aus Ebersbach, Karl August Wobst aus Steinigtwolmsdorf und Hermann Artur Schindler aus Chemnitz lautend sowie vier sächsische und einen belgischen Orden. Ausgeschlossen ist nicht, daß die drei Burschen die Papiere und Orden durch Diebstähle erlangt und mit ihnen Betrügereien verübt haben. Geschädigte wollen sich bei der Kriminalpolizei, Schießgasse 7, I., Zimmer 86, melden.

Schleichhändler. Zu dem Polizeibericht vom 31. Mai 1919, wonach einem Schleichhändler aus Potschappel ein frisch abgeschlachtetes Schwein abgenommen werden konnte, ist zu bemerken, daß in dem Festgenommenen der Schlosser Alwin Eichhorn, in Priestewitz geboren, in Potschappel wohnhaft, festgestellt worden ist. Bei den weiteren Erörterungen wurden in der Wohnung des Eichhorn in einem Kleiderschrank noch zwei weitere abgeschlachtete Schweine vorgefunden. Eichhorn hat diese Schweine aus einer Schankwirtschaft in Potschappel gestohlen. Außerdem konnten ihm noch mehrere Einbrüche, wobei ihm Hühner, Gänse und Enten in die Hände fielen, nachgewiesen werden.

Kellereinbrecher festgenommen. Bei einem Einbruche in einem Keller in der Gambrinusstraße auf frischer Tat betroffen und festgenommen wurde am 30. Mai 1919 ein 18jähriger Arbeitsbursche Flemmig aus Dresden-Löbtau. Es ist ihm von der Kriminalpolizei noch eine Anzahl Kellereinbrüche in der Wilsdruffer Vorstadt und Vorstadt Löbtau nachgewiesen worden. Die Diebesbeute brachte er in die Wohnung seiner Eltern, wo sie auch verbraucht worden ist.

Polizeibericht.

Lederdiebstahl. Am 31. Mai sind von einem Rollwagen einer hiesigen Speditionsfirma 5 Häute schwarzes und 1 Haut braunes Oberleder gestohlen worden. Die Kriminalpolizei bittet um sachdienliche Mitteilungen.

Eigentümer gesucht. Bei einer Streife durch die hiesigen Herbergen wurde einem Handlungsgehilfen ein schwarzer Lederkoffer, 50 × 40 Zentimeter groß, innen mit blauem Atlas ausgelegt, abgenommen. Der Koffer, der bei der Kriminalpolizei, Zimmer 74, zur Ansicht ausliegt, rührt offenbar von einem Diebstahle her. Geschädigte wollen sich melden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190602/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Soz. Verein für den 6. Kreis

[1488]

Bezirk Cotta.

Dienstag den 3. Juni **Frauen-Wanderabend** nach der Goblitzer Windmühlen. Dort ein Tänzchen. — Abmarsch Punkt 7 Uhr vom Gottlob Walthers. — Gäste willkommen. — Eine rege Beteiligung der Genossinnen und Genossen wird erwartet. **Die Verwaltung.**

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer.

Donnerstag den 5. Juni, nachmittags 5 Uhr im Neustädter Bahnhof (Damenzimmer).

Tagesordnung: 1. Beschlüsse der Nationalversammlung. Genosse Lehnert. 2. Schulleitung und Direktorenverein. Genosse Schulze. [1500]

Zahlreicher Besuch, auch von noch fernstehenden Damen und Herren, erbeten. **D. V.**

Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Ortsgr. Dresden.

Donnerstag den 5. Juni 1919, abends 7 Uhr

Vortrag des Herrn Redakteur **Barthel**, Dresden über:

Aufgaben und Aussichten der Gewerkschaftsbewegung.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. [b 1297]

Königshof-Theater

Täglich 7½ Uhr: [b 1243]

Mizzi und Muzzi

Operette von R. C. Dellinger. Musik von Brenner.

In den Titelrollen die Damen **M. Staff** und **E. Hambock.**

MUSEN-HALLE

Dorfst. Löbtau, Kesselsdorfer Str. 17. Straßenbahnlinien 7, 13, 21

Täglich 7½ Uhr. **Der neue Lachschlager:**

Der Taugenichts? Schwank-Operette in 4 Akten. Neuaufführung.

Wer herzlich lachen will, der komme.

Morgen Dienstag im Ballsaal: [wl 75]

Oeffentlicher Tanz. Die neuesten Tänze!

Deutsche Reichskrone

Königsbrücker Strasse 9 Ecke Bischofsweg

Vollständig renoviert! Neues Parkett!

Jeden Sonntag und Montag

Elite-Ballmusik

Eintritt: Herren 4.— M., Damen 2.50 M.

Anfang: Sonntags nachm. 4 Uhr. Montags abends 6 Uhr. [m 101]

Diana-Saal.

Heute Montag den 2. Juni: [b 1273]

Damenball.

Tanzpalast Stadt Leipzig.

Dienstag den 3. Juni

Großer Frühlingsball mit Gesangsvorträgen

des Demmlerschen Doppel-Quartetts.

Solist: Opernsänger **R. Kipper.** [m 234]

Volles Orchester! Karten am Saaleingang. Anfang 6 Uhr.

Fata Morgana

Lichtspiele

Breite Strasse 3 ▫ Fernruf Nr. 23 671

Unter fremdem Willen

Filmroman in 4 Akten mit **Hella Moja.**

Die fromme Helene

Entzückendes Lustspiel in 3 Akten. [s 179

Vorzügliche Künstlermusik.

Licht-MS-spiele

Moritzstrasse 10

Vom 3. bis 9. Juni 1919:

Die Tragödie der Manja Orsan.

Schauspiel in 5 Akten.

In der Hauptrolle: [s 170

Leontine Kühnberg.

Außerdem das glänzende Beiprogramm.

Täglich von 4—11 Uhr. Sonntags von 3—11 Uhr.

Jeder Schuhmachermeister

ist überrascht von der hohen Leistungsfähigkeit der

Gritzner-Doppelmaschine

Trotz dem niedrigen Anschaffungspreise (250.— M.) ist dieselbe besser als jede andere. Sie ist erhöhte Leistungsfähigkeit gegenüber Handarbeit. Prosp. und Vorführung kostenlos. Werbe mit.

A. W. Willisch, Dresden-A. 1, Poppitz 2.

Generalvertreter der Maschinenfabrik Gritzner, Durlach. [1535

Briesnitzer Stahlquelle, G. m. b. H.

Postamt Dresden 20. Telephon 18529.

Infolge grosser Betriebserweiterungen stets prompteste Lieferung auch der grössten Quantitäten

Briesnitzer Sauerbrunnen u. Limonaden

in hervorragender Qualität bei billigsten Preisen infolge Frachtersparnis. Anfuhr durch eigene Gespanne. Bestellungen durch Postkarte unfrankiert od. Tel. 18 528 erbeten. Auf Wunsch sofortiger Besuch des Reisenden. [a 146

Reichshallen Pulsnitzerstraße 13 nahe Postplatz

Sonntags Freitags **Großer öffentl. Ball**

Täglich: **Variété-Ensemble Lucosta.**

Sonntags Anfang 4 Uhr, wochentags 6 Uhr. [l 180

Bier-Palast

Eigene Konditorei.

Morgen u. abends vorzüglich Kaffeespezialitäten

SARRASANI

Heute abend **7** Uhr

„Der Einbrecher".

Im Anschluß daran:

Große internationale

Ringkämpfe

[1367]

TROCADERO: Das neue glänzende Programm!

Z bleibt **Paradiesgarten** Dresd.-Zschertnitz Endstation Linie 5

Heute Montag: Feiner **Paradies-Ball!**

Hallo! Hallo!

Gasthof Gittersee

Dienstag und Mittwoch

Jungkähnels humor. Sänger

Mittwoch folgt nach dem Konzert

ein feines Tänzchen.

Jeden Tag neues Programm.

Vorverkauf im Gasthof. [b 1244

Tanzpalast Stadt Leipzig

Heute Montag, abends 6½ Uhr

Der große Ball

[l 199

Um 270000 Dollar!

Harry Higgs (Hans Mierendorff)

im sensationellen Detektivfilm

4 Akte **Diskretion** 4 Akte

Teddy im Schilderhaus

Lustspiel in 3 Akten mit [l 179

Paul Heidemann.

Vaterland-Lichtspiele

Freiberger Platz 20.

B. G.

Richtsche-Säcklik.

Dienstag den 3. Juni, abends 7½ Uhr, in der Schmiedeschenke zu Rißsche: [l 412

Sitzung.

Flora-Theater

Nachmittags 7½ Uhr:

Frühlingsluft

Sonntags: 3½ und 7½ Uhr.

Sonntag u. Mittwoch

Ballhaus-Ball

Bautzner Str. 35. [m 170

Sie schlafen schlecht.

Sicher Gebrauch von

„Kopra I"

bringt Ihnen guten Schlaf und beruhigt die Nerven. Reines Naturprod. äußerl. Orig.-Paket 4.50 M.

Zu haben in Apoth. und Drog. d. Generalvertr. M. Weber, Prager Str. 34. (Blachn. 4.70.)

Sächs. Landes-Lotterie.

Im günstigsten Falle:

800000

Hauptgewinne:

500000

300000

200000

150000

100000

usw. [s 238

Ziehung I. Klasse 18. und 19. Juni.

Klassen-Lose:

1/16	1/8	1/4	1/2 Los
5.—	10.—	25.—	50.— M

Voll-Lose (für alle 5 Klassen gültig):

1/16	1/8	1/4	1/2 Los
25.—	50.—	125.—	250.— M

(Teuerungszuschlag 10 Pf. für je 1/16 Los und Klasse) empfiehlt und versendet

Alexander Hessel

S.-St.-Lotterie-Einnahme

Dresden, Weiße Gasse 1

Postscheckkonto Leipzig 29 710

MODERNE STROHHÜTE

IN GROSSER AUSWAHL BILLIGSTE PREISE.

MAX SCHWERINER

AMALIEN-STR. ECKE SERRE-STR. UND LEIPZIGER-STR. 87.

Rote Mühle in HH Hammers Hotel

Sonntag — Dienstag

Ballorchester Fredersdorf

20 Mann [w 238

Intime separate Tanzdiele

Fachliteratur

zum Selbstunterricht

für alle Gewerbe, insbesondere Werke über Landwirtschaft, Gartenbau, Elektrotechnik, Flugwesen, Automobilindustrie usw., stets vorrätig in

Wilhelm Nestlers Buchhandlung

Bautzner Straße 37 (Telephon 10631). [l 192]

Haubennetze

und andre Haarnetze immer vorrätig, bei größeren Bezügen hoher Rabatt

Frau Emma Schunke, Wilsdruffer Str. 40, 2.

[l 191

Möbel aller Art in echt und gemalt, in feinster, geschmackvoller, neuzeitlicher Ausführung liefert billigst

Hildebrandt in Wilsdruff

Eigene Tischlerei und Tapezierwerkstatt. [w 18

Spülkannen

Spritzen, Schläuche, Unterlagen, Sauger, Luftkissen sowie sämtliche hygienischen Bedarfsartikel empfiehlt

Marie Geldmacher

Dresden-Neustadt, Louisenstraße 37 [b 170

Automobilfabrik

OPEL

Rüsselsheim a. Main

sucht zu sofortigem Eintritt:

Meister

energisch und erfahren für Abteilung Rundschleiferei.

Mehrere

Einrichter

erfahren und tüchtig für Abteilung Fräserei, Vertikalbohrerei, Halbautomaten.

Einige tüchtige

Werkzeugmacher

möglichst aus der Autobranche.

Energischen und erfahrenen

Meister

für Abteilung Halbautomaten.

Angebote unter „Opel" an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.,** erbeten. [f 247

Kupferschmiede

stellt sofort ein

Franz Herrmann, G.m.b.H.

Köln-Bayenthal, Käferstraße 6/16.

Arbeitslose Männer und Frauen haben hohen Verdienst als

Straßenhändler

mit meinen Riesenschlangern. [b 1218

Verlagsanstalt, Bautzner Straße 28, I.

Geübte

Fantasiehut-Näherinnen

in und außer dem Hause

suchen für sofort

Bergmann & Selo, Stroh- und Filzhutfabrik

Gabelsbergerstraße 14. [f 243

Größere Anzahl

tüchtige Former

für unsere **Formerei** stellt sofort ein [f 77

Cottbuser Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei Akt.-Gesellsch. Cottbus.

Tücht. Ziegelschläger

für Bauenschlag in Akkord gesucht. **Dampfziegelwerk Beese, Willendorff.** [l 185

Frauen

zur groß. Bekanntenkreis erzielen sehr hohen Nebenverdienst. Näh. **Hermann Altner,** Berlin W 50, Abt. O. [l 187

Sauberes gutes liebes **Ziehmutter** wird für neugeb. Kind zu 1. 7. gesucht. Werte Offerten unter **M. K. 1000** a. d. Filiale d. Bl. Oschatzer Straße 13 erb. [w 207

Billige Bürsten

find. Händler: Bauherr Lipland Straße 31, Erdg. W. Preisk. [b 1290

Gummiwaren

Wilhelm Heusinger

Am See 37

Holzen-Plätten

Aufstell-Eisen

Gas-Plätten

wieder eingetroffen. [l 186

Otto Graichen

Trompeterstraße 15

Zentraltheater-Passage.

Sächsische Angelegenheiten.

Befähigungsnachweis für Berufspolitiker.

Endlich! Vom 5. Juni an wird es auch diesen Befähigungsnachweis endlich geben. Er hat uns ja zu unserm größten Schaden bisher gefehlt. Endlich wird die Lücke dieses dringenden Bedürfnisses ausgefüllt. Und in einer für alle Teile recht angenehmen, schmerzlosen Weise: Die Ortsgruppe Dresdnes Frauenbundes eines Kleinstädtchens veranstaltet vom 15. Mai bis 5. Juni einen politischen Kurs für Männer und Frauen. Täglich werden Vorträge gehalten über die verschiedensten Fragen. Für einige Nachmittagsstunden sind Diskussionen und Uebungen festgesetzt. Angeblich sind die Vorträge nicht in den Rahmen einer Partei gespannt, sondern (!!) Lehrende und Lernende stellen sich auf den gemeinsamen Boden des nationalen Gedankens; und als Lehrer sind angeblich Persönlichkeiten aus allen bürgerlichen Parteien geworben worden. Tatsächlich nennt aber der Prospekt nur einen einzigen demokratischen Professor neben sechs Konservativen und einem Zentrumsmann. Dafür paradiert freilich der Demokrat an der Spitze als eine Art Renommierschulze. Die Herrschaften — unter denen auch Herr Dr. Stresemann nicht fehlt — sollen ihre biederen Schüler in sage und schreibe drei Wochen, also offenbar mit dem Nürnberger Trichter, zu ausgewachsenen Politikern machen. Wenigstens werden die Teilnehmer in dem Prospekte so schnell eingeschult, daß sie können, Unwissende aufzuklären, Gleichgültige wachzurütteln, Irrenden und Verhetzten den rechten Weg zu weisen. Und wer an allen Veranstaltungen teilnimmt, kann sich durch ein Zeugnis den Befähigungsnachweis für berufsmäßige Tätigkeit im politischen Leben erwerben!

Man kann aber auch, wie der vorliegende Bericht selber andeutet, nur einen Teil der Vorträge besuchen, und neben — oder besser von — der „wissenschaftlichen" Betätigung Erholung in den nahegelegenen Bergen und Wäldern suchen.

Neubildung der sächsischen Regierung?

In der Presse tauchen wiederholt Meldungen auf, daß Verhandlungen auf Neubildung der sächsischen Regierung durch Hinzuziehung der Demokratie im Gange seien. Auch werden bereits bestimmte Namen für die Besetzung der in Frage kommenden Ministerien genannt. Nach mehrfachen Erkundigungen, sind diese Meldungen ohne irgendwelche positive Unterlagen. Wenn die Regierung bis heute noch keine Richtigstellung veranlaßt hat, so kann dies nur darin seinen Grund haben, daß solche Notizen sich beinahe aller vier Wochen wiederholen. Fest steht nur, daß die sozialdemokratische Partei die Frage erwogen hat, ob nicht eine Neubildung unter Hinzuziehung der Demokraten gebildet werden könne. Ob die Anregung hierzu von demokratischer Seite ausgegangen ist, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Jedenfalls ist noch kein definitiver Beschluß gefaßt worden, sondern dieser Angelegenheit soll erst nach Friedensschluß nähergetreten werden. Ganz verfrüht ist es aber, jetzt schon bestimmte Persönlichkeiten für die Besetzung der eventuell in Frage kommenden Ministerien anzuführen.

Arbeitsgemeinschaft für die Landwirtschaft.

Eine Landesarbeitsgemeinschaft für die sächsische Landwirtschaft ist vor kurzem begründet worden. Sie setzt sich aus sechs Vertretern der Arbeitnehmer und sechs Vertretern der Arbeitgeber zusammen. Den Vorsitz führt ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums. Die Landesarbeitsgemeinschaft hat bereits Verhandlungen gepflogen und allgemeine Richtlinien für die Lohn- und Arbeitsbedingungen der sächsischen Landwirtschaft aufgestellt. Die Festsetzung der Löhne selbst bleibt jedoch den Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen amtshauptmannschaftlichen Bezirken vorbehalten.

Verkehr mit Vieh zwischen Preußen und Sachsen.

(W. M.) Im gegenseitigen Verkehre zwischen Sachsen und Preußen bedarf die Ausfuhr von Zucht- und Nutzvieh einer besonderen Genehmigung. Diese wird aber nur erteilt, wenn die Behörde des Bestimmungsorts die Erlaubnis zur Einfuhr erteilt. Für die Erteilung der Ein- und Ausfuhrgenehmigungen sind in Preußen die Provinzialfleischstellen, in Sachsen der Viehhandelsverband zuständig. Wenn z. B. Schweine aus Preußen nach Sachsen eingeführt werden sollen, wird die Ausfuhr von der preußischen Provinzialfleischstelle nur genehmigt, wenn eine Einfuhrerlaubnis des Sächsischen Viehhandelsverbandes vorgelegt wird. Die Einfuhr wird nur gestattet, wenn der Antragsteller erlaubte Futtermittel für die dreimonatige Haltung des Tieres in ausreichendem Maße besitzt und geeignete Stallung vorhanden ist.

Der Landesverband der Sächsischen Presse

hielt am Sonntag in Dresden seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Nach Erledigung der üblichen Punkte der Tagesordnung wurde beschlossen, den schon früher eingesetzten Tarifausschuß um drei Herren zu erweitern. Ferner wurde einstimmig ein Antrag Dresden angenommen, wonach der Landesvorstand der Sächsischen Presse an die Parteien und Wahlausschüsse mit der Forderung herantreten soll, bei ihren Wahlvorschlägen geeignete Tagesschriftsteller aus ihren Reihen mit vorzuschlagen. In die Auswahl der Bewerber greift der politisch neutrale Landesverband selbstverständlich nicht ein.

— Am 11. Juni beginnen in Dresden Verhandlungen zwischen dem Landesverband der Sächsischen Presse und dem Verein sächsischer Zeitungsverleger über den Abschluß eines Tarifvertrags. Der Tarifausschuß des Landesverbandes hat bereits im vorigen Monat einen Tarifentwurf für angestellte Redakteure und freie Mitarbeiter dem Zeitungsverlegerverein überreicht; dieser Entwurf soll zur Grundlage der Beratungen gemacht werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Chemnitz wird die Straßenbeleuchtung mit Gas wegen des Kohlenmangels vollständig eingestellt. — Ministerialsekretär Schulze aus dem sächsischen Kultusministerium, das bekannte demokratische Volkskammermitglied, soll demnächst zum Regierungsrat ernannt und ins neue Personalamt berufen werden, um die Personalfragen der mittleren Beamten zu bearbeiten. Herr Schulze ist auch Vorsitzender des Verbandes sächsischer Beamtenvereine.

Stadt-Chronik.

Der verräterische Gruß.

Ihr guten Sachsen, hört und laßt euch sagen,
Was sich in Zeithain kürzlich zugetragen.

Der Kriegsminister — es ist nicht erlogen —
Der Kriegsminister hat den Hut gezogen!

Jedoch die U. S. P. war auf der Wacht,
Sie hat die Sache an den Tag gebracht,

Dieweil sie voller Scharfsinn gleich entdeckt,
Daß hinter dieser Geste Schlimmres steckt. —

Erzog den Hut! Und ziemlich tief sogar —
Tat so was wohl ein echter Proletar? —

Nein, Anstand ist ein Erbteil jener Klassen,
Die wir als tiefverderbt aufs Grimmste hassen.

Drum, mag sich Kirchhof Sozialist auch nennen:
An seinem Grüßen sollt ihr ihn erkennen!

Der wahre Proletar zu aller Zeit
Ist unabhängig — auch von Höflichkeit. P. M.

Lebernot und Schuhpreise.

Aus Schuhmacherfachkreisen wird uns geschrieben: Heute wird so oft vom Publikum die Frage an uns gerichtet: „Wann werden die Schuh- und Reparaturpreise wieder billiger?" Und mit Recht. Glaubte doch jeder, auch selbst wir Schuhmacher, daß mit dem Ende des Krieges und mit dem Stillegen der Militärwerkstätten alle Lederbestände und auch alle weiteren Erzeugnisse hiervon dem notleidenden Volke zugute kommen würden. Leider haben wir uns alle in dieser Erwartung getäuscht. Schon während des Krieges waren die Heeresbestände an schwerem Oberleder erschöpft, so daß viele Bekleidungsämter das leichtere Vorkalfleder, das eigentlich nur für das Zivilleben bestimmt war, verarbeiteten. Dadurch wurde das überdies schon geringe Quantum, das für das Gewerbe bestimmt war, noch mehr geschmälert, und eine geregelte Zuteilung an Oberleder fehlte gänzlich. Heute werden alle noch vorhandenen und zurückgehaltenen Leder im Schleichhandel zu hohen Preisen aufgekauft und wieder verkauft. Dem Schuhmacher, der sich an die vorgeschriebenen Höchstpreise hält, ist eine Erwerbung von diesem Leder unmöglich, denn der Preis für das fertige Fabrikat würde in Verbindung mit den jetzigen hohen Arbeitslöhnen ungeheuer hoch sein. Der kleine Mann ist daher auch jetzt noch gezwungen, in Holzschuhen zu laufen. Auch ein weiterer Umstand kommt in Betracht. Das von der Entente besetzte Elsaß-Lothringen und das Rheinland bargen die größten Lederfabriken für Oberleder von Deutschland. Diese sind durch den Krieg für uns verloren. Wie stehen nun die Aussichten auf eine baldige Lieferung? Offen heraus gesagt: Herzlich schlecht! Waren wir Schuhmacher in letzter Zeit bei der Zuteilung von Rohleder glücklich, endlich wieder einmal eine angemessene Menge zu erhalten, damit die vielen unbrauchbaren Ersatzmittel beiseite gestellt werden konnten, so sieht es mit einer gleichen Belieferung an die Schuhmacher für die Zukunft recht schlecht aus. Zwar ist uns doch die Hoffnung geblieben, daß mit der Aufhebung der Blockade die Einfuhr auch für die Leder beginnen wird. Doch dürfte auch dieser Umstand, falls er wirklich zutrifft, auf die Preise keinen Einfluß haben. Unser Geld, die Mark, steht im Auslande in so niedrigem Werte, so daß selbst eine sehr billige Ware durch diesen Umstand bei uns teuer wird. Auch die Preise für Sohlenleder, welches wir von der Regierung zugeteilt bekommen, sollen bei der nächsten Verteilung eine Erhöhung von 50 bis 60 Proz. aufweisen. Da nun außerdem auch seit dem 15. April die Gehilfenlöhne um weitere 15 Prozent erhöht worden sind, so läßt es sich leider nicht umgehen, die Preise für ausgeführte Reparaturen und Besohlung entsprechend zu erhöhen. Diese Maßnahme ist jedoch die Folge der oben geschilderten Verhältnisse und den Schuhmacher selbst trifft keine Schuld.

Gegen die Erhöhung des Straßenbahntarifs.

Der Vorstand des zur Zeit 14 000 Mitglieder zählenden Allgemeinen Mieterbewohnervereins wendet sich in einer Eingabe an den Rat und die Stadtverordneten gegen die geplante abermalige außerordentlich hohe Tariferhöhung bei der Städtischen Straßenbahn. Er bittet Rat und Stadtverordnete, dem Entwurfe in seiner jetzigen Form die Zustimmung zu versagen. Diese Bitte wird folgendermaßen begründet:

Wir verkennen durchaus nicht die Schwierigkeiten, in welche die Stadtverwaltung durch die Zahlung von Not-Gehalts- und Lohnaufbesserungen an das Personal sowie der sonstigen Steigerung der Material- und sonstigen Preise kommen kann. Wir erkennen deshalb auch eine in Grenzen gehaltene Tariferhöhung, insbesondere bei Einzelfahrten, an. Unsre Bedenken richten sich hauptsächlich gegen den Wegfall der Zeitkarten. Die geplante Ausgabe von 25er und ähnlichen Karten kann keineswegs als ein auch nur annähernder Ausgleich angesehen werden. Bei viermaliger täglicher Benutzung würde künftig gezahlt werden müssen:

4 • 18 = 72 Pf. pro Tag, ergibt 21,60 M. pro Monat, 259,20 M. pro Jahr, das bedeutet gegen den jetzigen Preis der Verkehrsmonatskarte (12 • 9 = 108,— M.) ein Mehr von 151,— Mark für eine Person. Es liegt auf der Hand, daß darin eine unerhörte Härte liegt und daß eine Familie, die auf Lösung mehrerer solcher Karten angewiesen ist, diese Preise überhaupt nicht zahlen kann. Der Unterschied von 151,— M bedeutet eine indirekte Mietsteigerung für jeden, der infolge Entfernung der Arbeitsstätte auf die Benutzung der Straßenbahn angewiesen ist.

Das Bestreben sämtlicher Wohnungsreformer geht dahin, das Stadtinnere der Großstädte dem Geschäftsleben vorzubehalten, die Wohnungen aber an und über die Stadtperipherie zu legen, um die Großstadtbevölkerung wieder mehr an Licht und Luft, sowie vom nervenzerrüttenden Großstadtbetrieb wegzubringen. In dankenswerter Weise scheint sich neuerdings auch die Stadtverwaltung dieser Auffassung anzuschließen und durch baupolizeiliche Maßnahmen die Stadterweiterung zu fördern. Grundstücks- und Finanzamt bringen große Opfer zur Förderung der Vorortssiedlungen. Zur Ermöglichung dieser Wohnungspolitik muß jedoch die städtische Verkehrspolitik mit dieser Hand in Hand gehen, da sonst das gerade Gegenteil erzielt wird und die Bevölkerung anstatt aus der Stadt in diese zurückfluten muß, was die schon herrschende, außerordentliche Wohnungsnot noch ins Ungemessene steigern würde.

Wohnungsnot und Kündigungen.

Das Einigungsamt der Stadt Dresden macht bekannt: Bei der herrschenden, außerordentlich großen Wohnungsnot können Genehmigungen zur Kündigung von Wohnungen nur noch in ganz besonders dringenden Fällen erteilt werden. Es empfiehlt sich darum, alle Anträge, die nicht diesen Anforderungen entsprechen, zu unterlassen und eventuell wieder zurückzuziehen. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß gegebenenfalls diese Genehmigung rechtzeitig einzuholen ist. Da der Geschäftsgang bei dem Mieteinigungsamte ein außerordentlich starker ist, da ferner vor der Entscheidung der Mieter gehört werden muß, eventuell noch Beweise zu erheben sind usw., kann nicht damit gerechnet werden, daß die Entscheidung noch vor dem 30. Juni 1919 erfolgen kann, wenn die Anträge erst nach dem 10. Juni gestellt werden. Verzeichnisse über eine Zustimmung zur Kündigung können nur dann amtlich beschrieben werden, wenn der gekündigte Mieter tatsächlich eine neue Wohnung hat. Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß im Vorzimmer des städtischen Mieteinigungsamts, Breitestraße 9, eine Tafel ausgehängt ist, die auf die hauptsächlichsten Mietfragen Auskunft erteilt. Es wird dringend geraten, hiervon Gebrauch zu machen und Anfragen zu unterlassen, die sich hierdurch von selbst erledigen.

Die Mannschaft des Aeolus.

[1]

Seeroman von Hermann Horn.

Der weiße, trotzende Unterbau mit rot leuchtenden Rostflecken, die weißgestrichenen Eisenmasten und Rahen. Mittschiffs lief eine leicht auf Eisenträgern gebaute Kommandobrücke, auf der es schwarz von Menschen stand. Die Boote hingen fertig in den Demijons und man hörte dumpfe Hammerschläge auf Eisen.

Dann kam die andre Wache an Deck.

Beim Nachtessen erzählten die Backbordtischen, es sei ein Franzose, die Calais, und ihr Kapitän hätte signalisiert, man möge in der Nähe bleiben, für den Fall, daß er Hilfe brauche.

Man hätte auch die Ankerlaterne in dem Topp gehißt, damit der Franzose sie nicht aus dem Auge verlöre in der Dunkelheit.

Vielleicht gab es eine Pause in diesem sinnlosen Blasen, das aus unendlicher Ferne kam und nicht enden wollte. Die Dunkelheit war schon schwarz hereingebrochen und man sah weit und breit nichts, als das weiße, brechende Meer und die schwarze Nacht.

„Das is 'n Spaß für die armen Froschfesser," sagte der Segelmacher.

„Wenn sie man den Tag vor sich hätten," setzte Peter das Gespräch fort. „Aber du siehst ja nicht die Hand vor die Augen."

„Ich lag eins mit 'nem Franzosen langseits," sagte der Gerber, „der war auch so weiß gestrichen, als dieser, die hatten ganze Fässer Wein an Bord und jeder hatte 'nen Liter den Tag. Wenn wir die ganze Mannschaft an Bord kriegen, haben wir leichtes Spiel bei Kap Horn. Denn braucht wir keine Wache mehr ausporren."

„'n komisches Volk," sagte Peter, „hast du gehört, wie sie komentieren? — Das ist so ihre Art."

„Als die Juden sind sie," erwiderte der Gerber, „und manche sehen wieder aus wie unsereins."

Der Koch war nach heftigen Wutanfällen über das Kochen und Feuerhalten bei so 'nem Wetter wie gebrochen und hatte auch Genever getrunken. Er hatte sich zu der Mannschaft ins Logis gesetzt und begann mit einer Kinderstimme von den kleinen Französinnen zu erzählen, die er in Havre und Bordeaux und anderwärts so gern gehabt, und einmal hätte er schier eine geheiratet. Da wäre er ja wohl jetzt nicht hier an Bord, und das wäre das beste.

Aber auch diese Wache ging zu Ende und als sie um acht Uhr wieder auf Deck kamen, war es heller Tag.

Der Himmel war dunstig und dunkel und der neue Wind hatte die alte See so weit untergekriegt, daß das Meer tiefe und lange Wogenzüge hatte, auf denen der Wind die Kämme zerschmetterte.

Von dem Schiff in Not war weit und breit nichts zu sehen, aber auf einmal war auf jeder See ein leuchtender Regenbogen.

Wie sie noch staunend auf das metallglänzende Meer in seinem neuen Schmuck blickten, schrie der Segelmacher dazwischen: „Da ist ein Boot!"

Sie sahen es alle sofort. Es war gar nicht weit, trieb mit dem Kiel nach oben und etwas Schwarzes lag darauf, in dem man deutlich einen Mann erkannte, der zu winken begann.

Im Logis brummten sie erst über die Störung, kamen aber gleich, als sie erfuhren, worum sich's handelte.

Man machte das zweite Boot in Lee klar, denn das andre lag als ein kläglicher Bretterhaufen auf den Galgen, und etliche, worunter auch der Leichtmatrose und der Steuermann, sprangen sofort hinein.

„Führer — Führer," brüllten sie alle, als eine See aufstieg, hakten die Taillen aus ihren Ringen, als das Boot ins Wasser klatschte, und die welchende See führte sie schon weit weg. Den Kopf gegen die Wellen strichen sie aus und schaukelten zwischen Berg und Tal, und der Mann drüben, ein breitschulteriger Mensch mit schwarzen auf den Kopf geklatschten Haaren gebärdete sich wie rasend. Sie konnten ihn deutlich schreien und lachen hören.

Er warf sich den Ankommenden auch geschickt entgegen, bekam den Steven zu fassen und schwang sich darüber ins Innere.

Hier setzte er sich auf eine Ruderbank, schloß wehleidig die Augen und stöhnte vor sich hin, bis man das Boot emporhißte. Darauf stieg er mit allen über und ging in einem Zuge mit ihnen nach achtern, wo der Kapitän stand. Vor dem verbeugte er sich wie ein Torero und sprudelte einen Strom von Worten hervor.

Als er merkte, daß niemand ihn verstand, deutete er mit einer großen Gebärde über das Meer, wies dann nach unten und sagte in einem hohlen Englisch: „Alle unten," worauf er jählings vor dem Kapitän niederkniete und ihm die Hand küßte.

Die Mannschaft sah erstaunt und beschämt vor sich hin.

„Er ist einer von die Juden!" murrte der Gerber mit hängender Unterlippe, und der Zimmermann griff das auf und schrie: „Das ist 'n Wort! — Ne, komm voraus, Jud, du sollst 'n Hemd und 'ne Bütz haben!"

„Allons enfants," sagte der Koch, „viens, monsieur Juif! —"

„Juif," — erwiderte der Mann und schlug über die großen, dunklen Augen erstaunt die schweren Lider auf, worauf er höflich, als sei ein glänzender Witz gemacht worden: „oui, oui, all right, all right," sagte, und gleich darauf über seinen triefenden Rock strich und mit den Zähnen klapperte.

Im Logis saßen sie alle um ihn herum, wie er eine Menge Päckchen und Sachen aus seinen Taschen holte und zuletzt einen Leinenbeutel heimlich dazwischen schob, in dem es nach Geld klirrte.

„Du hast ja wohl die ganze Schiffskasse bei dir," sagte der lange Schleswig-Holsteiner auf gut hamburgisch und reichte dem Schiffbrüchigen ein Hemd.

Als der Franzose wieder höflich: „oui, oui, all right, all right" sagte, lachten sie alle. Sie kämmten ihm eine übrige Kose aus, in der allerlei stand, und schwebten über ihn, und der Koch brachte heißen Kaffee und redete französisch.

Allen Fragen lauschte der Fremde am Anfang mit angestrengter Höflichkeit und antwortete mit bereitwilligem Lächeln. Als er aber gegessen hatte, in warmen Kleidern steckte und rauchte, begann er über die Gefahrde und Fragen eine überlegene Ironie in seinem dicken Gesicht aufzupflanzen, und als es gegen Mittag abflaute und man wieder Segel setzte, holte er eine weiße, wollene Tellermütze hervor, die er schon in der Kombüse getrocknet hatte, spannte sie über seinen Schädel und sang beim heißen Kaffee mit schmetterndem Tenor ein Lied.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190602/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Beschlüsse des Lebensmittelausschusses.

In der letzten Sitzung des Lebensmittelausschusses wurde mitgeteilt, daß die Milchtrocknungsanlage in Lübeck wegen Kohlenmangels zu Zeit außer Betrieb ist und daß die bisher eingegangenen Mengen **Trockenmilch** zu einer Verteilung noch nicht ausreichen. Man gab seine Zustimmung daß die Trockenmilch in Eingeschäckchen zu 50 Gramm verpackt an die Kleinhandelsgeschäfte abgegeben werden soll und daß, sobald Trockenmilch an die Inhaber der Nährmittelkarten B und C verteilt ist, von der dann anfallenden Menge Milchzuschußreisen zur allgemeinen Verteilung hergestellt werden sollen. Sodann nahm man Kenntnis von einem Bericht des Aerztekollegiums beim städtischen Lebensmittelamt über die Versorgung der Kranken Dresdens.

Auf einen seinerzeit von den Stadtverordneten gestellten Antrag, alle im Handel befindlichen Lebensmittel restlos zu erfassen und im Wege strengster Zuteilung der gesamten Bevölkerung zuzuweisen, hatte einem Gutachten des Lebensmittelausschusses entsprechend der Gesamtrat sich dahin ausgesprochen, daß die restlose Erfassung und strengste Zuteilung aller im Handel vorhandenen Lebensmittel nicht in allen Fällen durchführbar wäre und auch nicht im Nutzen der minderbemittelten Bevölkerung liegen würde. Dagegen solle für den Verkehr mit **Ziegenfleisch und Ziegenwurst** eine öffentliche Bewirtschaftung beantragt werden, aber nur unter der Voraussetzung daß diese Bewirtschaftung einheitlich im ganzen Reiche unter Festsetzung von Höchstpreisen erfolgt. Auf diesen an das Reichsernährungsministerium weitergegebenen Antrag hat dieses jetzt mitgeteilt, daß noch den bisher gemachten Erfahrungen die als Ziegenfleisch und Ziegenwurst angebotenen Waren fast durchweg aus Pferdefleisch bestünden und daß deshalb in erster Linie eine **Regelung des Verkehrs mit Pferdefleisch** erforderlich sei und daß eine entsprechende Verordnung, in der auch die Herstellung von Wurst aus Ziegen- und anderem Fleisch geregelt wird, geplant sei. Diese Verordnung des Reichsministeriums über Pferdefleisch und Ersatzwurst ist inzwischen unter dem 22. Mai 1919 erlassen worden. Sie tritt am 1. Juli 1919 in Kraft. Mit ihr wird sich der Fleischversorgungsausschuß zu befassen haben, nachdem die Ausführungsverordnung von der Landesfleischstelle dazu ergangen sein wird.

Die Frage der **Festsetzung der Grenze für Minderbemittelte** bei Ausgabe der Lebensmittelkarten wurde erneut nachgeprüft. Nach den bisherigen Vorschriften wurden als Minderbemittelte angesehen Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 1900 M. und beim Vorhandensein von mehr als zwei minderjährigen Kindern bis zu 3100 M. Der Lebensmittelausschuß beschloß, die Grenze von 1900 M. beizubehalten, hinsichtlich der Kinderanrechnung jedoch die Bestimmung anzuwenden, die vom Wirtschaftsministerium für die Erteilung der Versorgungsberechtigten bei der Verteilung ausländischer Lebensmittel vorgeschrieben worden ist, wonach dem Haushaltungsvorstand beim Vorhandensein von 1, 2 und 3 Kindern eine Steuerklasse, von 4 und 5 Kindern zwei Steuerklassen, und von mehr als 5 Kindern 3 Steuerklassen gutgebracht werden. Es erhalten demnach künftig alle Personen die gelbe Lebensmittelkarten für Minderbemittelte, die bei der Verteilung der ausländischen Lebensmittel in Klasse A eingereiht sind.

Der Lebensmittelausschuß genehmigte ferner die **vermehrte Zuteilung an Nährmitteln**, wonach in der laufenden Brotscheinreihe die bisherigen Verteilungssätze von je 2 Pfund an Kinder und Jugendliche auf je 3 Pfund und von je 1½ Pfund an Erwachsene und an Personen über 65 Jahre auf je 2 Pfund erhöht werden.

Weiter wurde Bericht erstattet über den jetzigen **Stand der Kartoffelversorgung**. Nachdem sich die Kartoffeleingänge in den letzten Tagen gebessert haben, ist es möglich, für die Woche nach den Pfingstfeiertagen wieder die Normalmenge von 5 Pfund auszugeben. Um den Versorgungsberechtigten diese erhöhte Menge bereits für die Pfingstfeiertage zukommen zu lassen, sollen die fünf Pfund für die Woche nach Pfingsten gleichzeitig mit den drei Pfund Kartoffeln für die Woche vor Pfingsten verteilt werden, so daß in der kommenden Woche 8 Pfund zur Verteilung gelangen, die jedoch für zwei Wochen, also bis 14. Juni 1919, bestimmt sind. Da die Beschaffung der benötigten Kartoffeln jedoch nicht ohne erhebliche Mehrkosten und Zuschläge möglich war, sprach sich der Ausschuß für eine angemessene Erhöhung des Kleinhandelsverkaufspreises der Kartoffeln im Einvernehmen mit den andern sächsischen Großstädten aus, wie sie bereits in den meisten Großstädten, insbesondere Berlin, Kassel und Breslau, eingetreten ist. Die nächstwöchentliche Verteilung der acht Pfund erfolgt jedoch noch zum bisherigen Preise von 12 Pf. für das Pfund. Weiter sprach sich der Ausschuß für den **Ankauf ausländischer Kartoffeln** aus, die dem Lebensmittelamt von der Reichskartoffelstelle zum Preise von 30 M. für den Zentner angeboten worden sind. Ueber die Art der Verteilung und die Preisstellung wird seinerzeit Beschluß gefaßt werden.

Verteilung von ausländischem Pökelschweinefleisch. Auf Abschnitt 1 der Einfuhrzuschußkarten für ausländisches Pökelschweinefleisch der Stadt Dresden erhalten Personen über 6 Jahre 125 Gramm, Personen bis zu 6 Jahren 65 Gramm Schweinefleisch. **Butter** wird am 6. und 7. Juni verteilt.

Wo bleibt die Butter?

Der Parteisekretär des 6. Kreises, Genosse **Kahmann**, hat an die **Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt** nachstehendes Schreiben gesandt:

> Hierdurch teile ich der Amtshauptmannschaft mit, daß die Gemeinde Potschappel — und den übrigen Gemeinden des Bezirks dürfte es nicht besser ergangen sein — in den letzten vier Wochen an Stelle der Butter nur Margarine zugewiesen worden ist. Ich ersuche die Amtshauptmannschaft dringend, mit aller Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß der Einwohnerschaft, die sich in der Hauptsache aus Industriearbeitern und deren Angehörigen zusammensetzt, wieder regelmäßig Butter verabfolgt werden kann. Die Einwohnerschaft ist empört über die Vernachlässigung bei der Belieferung mit Butter, denn die gelieferte Margarine hat nicht im entferntesten den Nährwert, den Butter hat. Im späten Winter und im Anfang des Frühjahrs wurden die Butterausfälle mit dem Mangel an Futter begründet und darauf verwiesen, daß, wenn die Grünfütterung einsetzt, die Butterablieferung und auch die Verteilung wieder besser wird. Die Grünfütterung hat nun aber seit geraumer Zeit eingesetzt und die Butterlieferung wird schlechter. Die Amtshauptmannschaft wird daher darum ersucht, mit Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß die Landwirte ihre volle Pflicht gegen die hungernden Männer, Frauen und Kinder erfüllen und daß der Schleichhandel erstickt wird.

Eine Abschrift der Eingabe ist an das **Landeslebensmittelamt** gegeben worden.

Verwegene Sacharindiebstähle.

Vor der Jugendstrafkammer des Dresdner Landgerichts hatten sich wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls, unbefugten Verkaufs von Süßstoff und verbotenen Waffentragens der noch nicht 19jährige Techniker Johannes **Kallus** und der 1 Jahr ältere Kommis Georg Joseph **Lorenz** zu verantworten. Beide Angeklagten stammen aus Beuthen in Oberschlesien und haben sich dort in einem Sportverein kennen gelernt. Im August wurde L. zum Militär einberufen und K. kam zur Zeit nach Dresden bei einer Installationsfirma in Stellung. Er war mehrere Monate in der Chemischen Fabrik von Heyden in Radebeul tätig, wo er die Fernsprechanlage instand zu halten hatte, wobei er sich in der Fabrik eine gute Lokalkenntnis verschaffte. Im Dezember schrieb K. seinem Freund L., der vom Heere wieder entlassen und sich stellungslos in Beuthen aufhielt, er solle nach Dresden kommen, hier könnten sie Waren umsonst erhalten, womit sie in der Heimat viel Geld verdienen würden. L. kam nach Dresden, wo sich K. schon mehrere Wochen stellungslos aufhielt. In der Nacht zum 20. Dezember machten sich beide auf den Weg nach Radebeul. Vom Walde aus stiegen sie in das Grundstück der Heydenschen Fabrik ein. Mittels einer Feuerleiter gelangten sie auf die Dächer des Gebäudekomplexes. Ein Dachfenster, das in den Verpackungsraum für Sacharin führte, öffneten sie gewaltsam und stiegen ein. Hier packten sie 50 Kilo Sacharintabletten zusammen und verließen damit unbehelligt das Grundstück. Sie fuhren nach ihrer Heimat zurück. Bekanntlich blüht in Oberschlesien der Schmuggel mit Süßstoff nach Oesterreich und Polen. Beide betrieben nun einen lebhaften Handel mit Sacharin, sie verkauften das Kilo für 150–200 M. und führten dabei ein flottes Leben. Im Februar war der Stoff ausverkauft und die Geldquelle versiegt. K. rüstete zu einer zweiten Reise nach Dresden. Er kaufte die besten und modernsten Einbrecherwerkzeuge und versah sich auch mit einem Revolver. So ausgerüstet, K. den geladenen Revolver in der Tasche, begaben sich die beiden am 7. Februar wieder nach Dresden, wo sie im Hotel abstiegen. In der folgenden Nacht ging es auf demselben Wege wieder in die Fabrik und nach demselben Raum. Wie K. ganz richtig vermutet hatte, waren die meisten Türen jetzt viel besser verwahrt und sie mußten diesmal von ihrem mitgebrachten Einbrecherwerkzeug ausgiebigen Gebrauch machen. Das verursachte aber keine großen Schwierigkeiten, mit ihren Patentzangen zerschnitten sie starke Fenstergitter und überwanden auch andre Schwierigkeiten. Als sie beim Zusammenpacken des Sacharins beschäftigt waren, wurden sie von zwei Feuerwehrleuten überrascht. K. sprang ihnen aber mit scharfgeladenem Revolver entgegen und gab 5 Schüsse auf sie ab. In der hierauf entstehenden Verwirrung gelang es den Verbrechern zu entfliehen. Den Handkoffer mit dem Diebeswerkzeug mußten sie allerdings im Stiche lassen. Am nächsten Morgen fuhren sie wieder nach Beuthen zurück. Bei der genauen Untersuchung des Schauplatzes der Tat durch die Kriminalpolizei wurden einige Fingerabdrücke gesichert, die auf den schon einmal vorbestraften Mitangeklagten Kallus hinwiesen. Er wurde nebst seinem Komplicen verhaftet. K. leugnete vor allen Dingen, daß er geschossen hätte, er will keine Waffe bei sich geführt haben und erzählte einen ganzen Roman von der Beteiligung eines Dritten im Bunde mit Namen Isidor. Näher will er ihn selbst nicht kennen. Der hätte die Führung bei beiden Einbrüchen übernommen und auch geschossen. Die ganze Mühe K.s war aber vergebens, da L. von Anfang an ein umfassendes Geständnis abgelegt hatte und dasselbe auch in der Verhandlung wiederholte. Das Urteil lautete unter Annahme mildernder Umstände bei K. auf **2 Jahre, 10 Monate**, bei L. auf **1 Jahr, 10 Monate Gefängnis**; infolge des Geständnisses gelten bei L. 3 Monate der Strafe als verbüßt.

Pfingstreiseverkehr. Die Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen teilt uns mit: Um während der bevorstehenden Pfingsttage den Verkehr mit den zur Verfügung stehenden Lokomotiven bewältigen zu können, ist die Eisenbahnverwaltung genötigt, alle Maßregeln zu treffen, um eine übermäßige Inanspruchnahme und Abnützung der Lokomotiven durch Ueberlastung oder Verstärkung der Züge zu verhindern. Zu diesem Zwecke wird in der Zeit vom Dienstag vor Pfingsten bis Mittwoch nach Pfingsten die **Gültigkeit der Fahrkarten auf den Tag, an dem sie gelöst worden, beschränkt und die Ausgabe von Rückfahrkarten eingestellt.** Vor Erteilung von Reiseerlaubnis wird in dieser Zeit die Dringlichkeit des Reiseanlasses besonders streng geprüft werden. Endlich wird die Gültigkeit der in Heften ausgegebenen Reiseerlaubnisscheine während der Tage vom Freitag vor bis einschließlich Mittwoch nach Pfingsten außer Kraft gesetzt, so daß während dieser Zeit auch die Inhaber von Reiseerlaubnisheften für jede Fahrt bei den Betriebsdirektionen oder den mit der Verabfolgung von Einzelreiseerlaubnisscheinen betrauten Dienststellen besonders um Erlaubnis nachsuchen müssen, die ihnen nur bei dringendem Anlaß erteilt wird.

Das hiesige Marine-Sicherheitsbataillon teilt uns einen Fall mit, in dem einer Wirtschaftspatrouille des Bataillons in einem Tanzlokal der Neustadt vom Wirte selbst Schwierigkeiten bei der Durchführung der Saalkontrolle gemacht wurden, obwohl sich der Führer der Patrouille dienstlich legitimierte. Aus diesem Vorfall geht hervor, daß die Oeffentlichkeit über den Zweck dieser Kontrolle nicht genügend unterrichtet ist. Dadurch soll verhindert werden, daß frühere, entlassene Angehörige der Marine die Marineuniform unberechtigt weitertragen, weil in vielen Fällen diese Uniform zu betrügerischen Täuschungen mißbraucht wurde. Die Kontrolle dient also der öffentlichen Sicherheit und darum ist es dringend nötig, daß den Patrouillen des Marine-Sicherheitsbataillons der Dienst nicht durch Unberufene erschwert oder gar, wie in diesem Falle, unmöglich gemacht wird.

Krankenpflegerpersonal für Privatpflege. Nach der Ratsbekanntmachung vom 6. März d. J. ist in der wundärztlichen Hilfsstelle im Narrenhaus, Georgstraße, eine Zentralstelle eingerichtet worden zur Vermittlung oder Zuweisung von Krankenpflegepersonal an Aerzte und Privatpersonen. Die Zentralstelle ist an das Fernsprechnetz angeschlossen (Nr. 11 098) und für ununterbrochenen Tages- und Nachtbetrieb eingerichtet. Die Einrichtung wird zur allseitigen Benutzung empfohlen, da mit ihrer Hilfe bei eintretenden Krankheitsfällen und besonders in dringlichen Fällen auf schnellstem Wege Krankenpflegepersonal erlangt werden kann.

Ein Denkmal zu Ehren der Gefallenen wird nächsten Freitag, abends 6 Uhr, auf dem Friedhof an der Kesselsdorfer Straße in Vorstadt Löbtau enthüllt. Das Denkmal, ein Werk der Bildhauerin **Ilse Plehn**, war für einen Ehrenhof bestimmt, der aber augenblicklich nicht ausführbar ist.

Die Vereinigte Elbeschiffahrts-Gesellschaft A.-G., Dresden, schließt mit einem Verlust von 8,55 Millionen Mark ab. Dividende werden nicht verteilt. Die Verwaltung erklärte in der Hauptversammlung am Sonnabend die von tschechischer Seite verbreiteten Mitteilungen über Verhandlungen zwecks Ueberführung des Unternehmens in tschechische Hände für völlig frei erfunden.

Zoologischer Garten. Die Leitung des Philharmonischen Orchesters liegt vom 1. Juni an in den Händen von **Erich Pulsche**. Dem hier nicht unbekannten jungen Dirigenten steht ein aus ersten Kräften und Solisten bestehendes Orchester zur Seite. Unter seiner Leitung beginnen auch die vom 5. Juni an allwöchentlich — Donnerstags — stattfindenden Elite-Sinfonie-Konzerte unter Mitwirkung hervorragender Solisten.

Die Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege veranstaltet am Freitag den 6. Juni, abends 7½ Uhr, im Volkswohl... einen Bunten Abend. Karten sind bei den aus dem Inserat ersichtlichen Stellen zu haben. Es sei noch darauf hingewiesen, daß diese Veranstaltung eine äußerst gute wird.

Zirkus Sarrasani. Heute ringen: **Siegfried II** gegen Ringhart, Salzenwald gegen Stahlfeld, Böhm gegen Christensen, ... (**Dresden**) gegen Hänker, Klipper gegen Roland. Dieser ... Tag der großen Ringkämpfe verspricht angesichts der sich gegenübertretenden Ringer außerordentlich interessant zu werden. — Im ersten Teil des Programms sorgt die Schnell-Operette „Der Einbrecher" für Unterhaltung. Von Zirkusnummern sei besonders der „...mephisto" erwähnt.

Vorträge. Der Dresdner Verein zur Förderung der Sittlichkeit (Abolitionistische Föderation) veranstaltet Mittwoch den 4. Juni, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Künstlerhauses eine öffentliche Versammlung mit Vortrag von Frau Katharina Scheven über: „Die neuen Gesetze der Reichsregierung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten." Eintritt frei für jedermann.

Der Bund der Deutschen in Böhmen veranstaltet Mittwoch den 4. Juni, abends 7½ Uhr, im Tivoli, Wettinerstraße, eine ...-Kundgebung. Wir verweisen auf eine Dienstag in unserm Blatt erscheinende Ankündigung.

Selbstmord. Am Sonntag abend wurde in ihrer in der Tharandter Straße gelegenen Wohnung eine 53jährige Fuhrmannswitwe mit Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden.

Selbstmordversuch. Am Sonnabend abend wurde in einem Hause der Christianstraße eine 33jährige Stickerin mit Leuchtgas betäubt aufgefunden. Sie konnte durch Wiederbelebungsversuche gerettet werden und fand Aufnahme im Friedrichstädter Krankenhaus.

Vermischte Nachrichten. Sonntag vormittag wurden im Hause Rähnitzgasse 20 eine 52jährige Ehefrau und in ihrer Wohnung Grunaer Straße 32 eine 33jährige Kellnerin mit **Gas betäubt** aufgefunden. In beiden Fällen hatten die Wiederbelebungsversuche Erfolg. — Der zweite diesjährige **Jahrmarkt** wird vom 29. Juni bis mit 1. Juli abgehalten. An jedem der drei Verkaufstage ist der Warenverkauf spätestens abends 7 Uhr einzustellen. — In stark **verwestem Zustande** wurde am Sonntag in ihrer Wohnung Palmstraße 35 die 62 Jahre alte Arbeiterin Naumann aufgefunden. Sie ist etwa vor acht Tagen, gänzlich allein dastehend, vereinsamt verschieden. — Nunmehr ist auch, wie schon kurz gemeldet, das noch fehlende linke Bein des von seiner Frau und deren Geliebten **ermordeten und zerstückelten Eishändlers Nitsch** aus Dresden in der Elbe gefunden worden.

Aus dem Dresdner Parteileben.

Kinderschutzkommission. 4. Kreis. **Pieschen, Mickten, Trachenberge.** Dienstag Wanderung. Stellen: Leipziger Platz 3 Uhr. Neustadt: Mittwoch 3 Uhr Alaunplatz (Turnhalle).

Pieschen-Trachenberge. Für die Genossinnen findet Mittwoch den 4. Juni, abends 8½ Uhr, ein Diskussionsabend in Aichs Restaurant, Hans-Sachs-Straße, Ecke Seumestraße, statt. Zahlreiches Erscheinen wird erwünscht.

Bezirk Striesen, Blasewitz, Gruna, Seidnitz. Für die **Genossinnen** findet Mittwoch den 4. Juni, abends 7½ Uhr, im Schillerhof, Schandauer Straße, Ecke Schillerstraße, ein wichtiger **Vortrag** statt. Genossin **Hetze** wird über Fürsorge referieren. Gäste sind herzlich willkommen. Es ist unbedingt erforderlich, daß alle Genossinnen erscheinen.

6. Kreis. Gruppe Cotta. Auf den morgen Dienstag stattfindenden **Frauen-Wanderabend** nach dem Elbschlößchen in Gohlis werden die Genossinnen und Genossen nochmals aufmerksam gemacht. Abmarsch Punkt 7 Uhr vom Cottaer Rathaus.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen im besetzten Gebiet.

Infolge Ablehnung der Forderung der Benrather Arbeiterschaft auf eine einmalige Teuerungszulage hatte der Aktionsausschuß der Arbeiter die **britischen Behörden angerufen**. Das englische Schiedsgericht in Köln entschied, daß die Forderung für alle Arbeiter nicht bewilligt werden können. Die Arbeiterausschüsse beschlossen darauf gestern abend den sofortigen **Generalstreik**, obwohl von der britischen Behörde der Streik verboten wurde. Der Aktionsausschuß wurde heute morgen von der britischen Behörde auf das Rathaus bestellt und ihm erklärt, ob er sich bewußt wäre, daß er gegen die britischen Anordnungen verstoßen hätte. Der Vorsitzende des Aktionsausschusses bejahte die Frage, worauf die Mitglieder des Ausschusses für verhaftet erklärt wurden. Der General gab am Schlusse noch zwei Arbeitervertretern die Erklärung ab, daß, wer weiter streikt, **über die Grenze geschafft werde**. Bei der Abführung des Streikausschusses wurden von einigen Arbeitern Hochrufe ausgebracht. Die betreffenden Leute mußten sofort ihre Pässe abgeben und sehen einer strengen Bestrafung entgegen. Heute abend findet eine Versammlung statt, in der über die Anordnungen der britischen Behörde Mitteilung gemacht werden soll.

Ergebnislose Verhandlungen im Seeschiffsbau.

Die zweitägigen Verhandlungen zwischen Vertretern der Seeschiffswerften und den Werftarbeitern im Reichsarbeitsministerium über eine einheitliche Lohnerhöhung auf 8 M. für die Stunde für alle gelernten Arbeiter in allen Werftarten verliefen ergebnislos. Die Unternehmer schlugen zur Verbesserung der Einkommen die Wiedereinführung des Stücklohns vor, die von den Arbeitern abgelehnt wurde. Beide Parteien waren sich im übrigen darin einig, daß die wirksamste Abhilfe für die bestehende Notlage durch eine kräftige Aktion der Reichsregierung zur **Verbilligung der notwendigen Lebensbedürfnisse** geschaffen würde. Die Vertreter der Arbeiter lehnten jedoch eine gemeinsame Vorstellung bei den zuständigen Regierungsstellen in diesem Sinne ab.

Verschmelzung der Musikerverbände.

Am 1. Juli verschmelzen sich der **Allgemeine Deutsche Musiker-Verband und Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands**, die ihren Sitz in Berlin haben, zu einem Einheitsverband auf freigewerkschaftlicher Grundlage mit Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. In **Dresden** werden dadurch der Allgemeine Musiker-Verein und die Ortsgruppe der Zivilmusiker Deutschlands zu einer Ortsgruppe des neuen Verbandes vereinigt.

Flieger-Formationen!

Der Kommandeur der Flieger des 12. und 19. Armeekorps sucht für Fliegerabteilungen der Reichswehr:

Lichtbildgehilfen, Flugzeugwarte, Motorenschlosser, Elektrotechniker, Schweißer, Tischler, Sattler, Schuhmacher, Schreiber, Schneider, Fernsprecher und Mannschaften beliebigen Berufes.

Gebührnisse: nach den neuen Bestimmungen der Reichswehr.
Meldung und Auskunft: schriftlich oder persönlich mit Militärpaß, Stammrollenauszug und polizeilichen Führungszeugnissen unmittelbar bei Kofl, 12. und 19. Armeekorps, Dresden, Sedanstraße 7, täglich von 9 bis 3 Uhr. [f117

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190602/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst.

Konzerte.

Der Volksliedchor ist nicht nur eine Chorvereinigung, die die löblichenswerte Absicht hat, das Volkslied zu pflegen, sondern alles was klingend und rhythmisch in Erscheinung tretende Volkskunst ist, soll hier eine Stätte der Wiedererweckung und Verlebendigung finden. Was ein Museum für kernhaft volkstümliche Trachten, Sitten und Gebräuche ist, weiß jeder (im Jägerhof in der Neustadt haben wir ja ein solches); nun, der Volksliedchor wird sozusagen ein tönendes Museum sein: neben dem echten Volksliede stehen auch Volkstänze und -musiken, ja selbst die vom schöpferischen Sinn der Kinder erzeugten Reigenspiele auf seinem Programm. Wer sich auf diesem Stoffgebiet ein wenig auskennt, den mag es freilich bedünken, als wenn die Vereinigung sich damit sehr viel vorgenommen hat, zu dem ihr leider Geldmittel nicht zur Verfügung stehen. Aber die Begeisterung der Vereinsangehörigen und ihr Glaube an den Wert der Sache sind starke Träger des Unternehmens, das im Professor Seyffert, dem kundigen Mann im Fache des Volkstümlichen, und im Musikdirektor Schneider, dem warm und sicher fühlenden Künstler die auserwählten und Erfolg verheißenden Führer besitzt. — Der erste Vortragsabend bot Gesänge aus fünf Jahrhunderten, sowie Musiken aus österreichischen Landen, dazu Kinderreigen mit Gesang. Die Chorlieder erfreuten besonders durch sinnvolle Ausarbeitung und deren Klangschönheit ein rühmenswertes Verdienst Bernhard Schneiders. Und nun, ihr Volkslieder, stellt aus den kindenden Zauber der Spinnstuben- und Tanzbodenlieder unserer Voreltern, der Arbeits-, Wander- und Liebeslieder; zeigt die Weihnachtsspiele und Pfingstreigen der deutschen Gauen. — Heraus mit allem, was an Werten dieser Art hier und irgendwo schlummert! P. B.

Brahms' Deutsches Requiem gehört zu den menschlichsten Dokumenten der Musikgeschichte. Hier spricht mit Schlichtheit und Innigkeit, ohne jeden kirchlichen Einschlag, ein Mensch von Tod, Vergänglichkeit und Ewigkeit. Die Zusammenstellung der Bibelworte vermeidet ebenso mystische Schwärmerei wie fanatische Gewißheit; eine menschliche Trauer über das vergängliche Leben, Tröstungen von lieblicher Schönheit und hoffnungsfreudige Stimmungen sind darein verwoben, ausgedrückt durch eine edelernste und ergreifende Tonsprache. — Unter Karl Pembaurs Leitung sang und spielte Opernchor und Opernorchester mit Sicherheit, allerdings nicht ohne eine gewisse Farblosigkeit der Auffassung. ob.

Dresdner Kalender.

Theater am 3. Juni. **Opernhaus:** Die Gezeichneten (6½). — **Schauspielhaus:** Am Teetisch (7½). — **Albert-Theater:** Die Schmetterlingsschlacht (7½). — **Residenz-Theater:** Die Försterchristl (7½). — **Zentral-Theater:** Ein Ehemann, der weiß (7). — **Volkswohl-Theater:** Gebrochene Blüten (7½).

Albert-Theater. Die Besucher der heutigen Aufführung von Liebe, in der Otto Kottermann erstmalig den Marin, Ruth von Wedel die Anna spielt, wirken dadurch am Liebeswerk für unsre Kriegsgefangenen tätig mit, daß sie einen Aufschlag von 10 aufs Hundert, der dem großen Ganzen zugeführt wird, zum Kassenpreis ihrer Einlaßkarte entrichten.

Prof. August Iffert, einer der erfolgreichsten Gesangspädagogen, begeht heute in voller Frische seinen 60. Geburtstag. Er hat lange Jahre an den Konservatorien von Köln, Dresden und Wien gewirkt und siedelte, statt einem Ruf nach Neuyork zu folgen, 1906 ganz nach Dresden (Löbnitz) über. Hier entfaltete der Gesangsmeister in unermüdlichem Lehren und Schaffen eine reiche Tätigkeit: hervorragend ausgebildete Schüler tragen seinen Namen in alle Welt und seine Werke über Gesangs- und Sprechkunst zeigen seine einfache zwanglose Methode, die vor allem auf guter Atemführung und schönem Sprechen fußt.

Briefkasten.

A. W., Naundorf. Ist Käufer mit dem Inhalt des Vertrages einverstanden gewesen, so kann eine nachherige Anfechtung wegen Unerfahrenheit kaum in Frage kommen. Die Hauptsache ist, daß Käufer über die Höhe der Anzahlung eine einwandfreie Quittung besitzt. Das geübte Verfahren ist häufig, aber nicht einwandfrei.

A. F., Burgk. Eine Kapitalabfindung wird im Falle der Wiederheirat (1000 M.) gezahlt. Eine Namensänderung ist möglich.

J. O. 75. Gehälter richten sich nach Wohnort, Familienverhältnissen und Leistung. Teuerungszulagen werden u. W. nicht mehr gegeben.

E. 4, Radebeul. Die Kirchengemeinden haben heute leider noch das Verfügungsrecht.

A. Z., Niederhermsdorf. Zur Empfangnahme des Entlassungsanzuges usw. erhalten Sie Nachricht von der Militärbehörde.

Löbtau 100. Sie haben Anspruch auf die Teuerungszulage.

A. P. 40. Acht Stunden, aber nicht über nachmittags 5 Uhr hinaus.

Martha M. 1. Antrag wegen Beihilfe an die Krankenkasse, wenn die Mitgliedschaft aufrecht erhalten wurde, sonst an die Landesversicherungsanstalt, Dresden, Dürerstraße 26. Letzte Quittungskarte, alle Bescheinigungen früherer Karten, ärztliches Attest. 2. Arbeitersekretariat Dresden, Ritzenbergstraße 4, Zimmer 1.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Briesnitz.
Druck und Verlag: Kaden & Comp., Dresden.

Täglich — Teleph. 14 880 — Linien 5 u. 7
Tymians Thalia Theater
Görlitzer Str. 6 — Anfang 7 Uhr — Görlitzer Str. 6
Sonntags nur 7 Uhr.
Alle Vorzugskarten nur wochentags gültig

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine** der **IX. Kriegsanleihe**

für die **4½ % Schatzanweisungen** können vom **4. Juni an,**

für die **5 % Schuldverschreibungen** vom **23. Juni d. J. an**

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **5. Dezember 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine **rechts oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm. [m 513

1. Grenzjäger-Brigade v. Oldershausen.

Junge Männer!

Zeigt, daß ihr noch **wahre, treue Deutsche** seid, die ihr **Vaterland,** ihre **Heimat** lieben. **Das Vaterland ist in Gefahr, es braucht euch! Schützt eure Heimat! — Denkt an die Not unsres Volkes!**

Kommt und meldet euch!

Dringend werden gebraucht:

Maschinengewehrschützen am schweren und leichten M.-G., **Minenwerfer, Pioniere, Fernsprecher, Funker, Blinker, Handwerker** (Schuhmacher, Schneider, Sattler, Schmiede), **Fahrer, Kavalleristen, Artilleristen, Art. für Meßtrupp, Unteroffiziere der Ref.** nicht über 24 Jahre, **Mannschaften** nicht über 35 Jahre alt.

Bedingungen: Felddienstfähig, möglichst ½ jährige Frontdienstzeit im Felde, Schutz der jetzigen Regierung, Abwehr der Polen, Russen, Tschechen, Kampf gegen Spartakus und Bolschewismus, straffe Manneszucht, unbedingter Gehorsam gegen die Vorgesetzten, bereit zu strammem Dienst, Grußpflicht.

Ungediente, nur ganz junge, **in ganz beschränkter Anzahl.**

Gewährt werden: freie Unterkunft und Verpflegung, mobile Gebührnisse, 5 Mark tägliche Zulage, Mannschaftsversorgungsgesetz und Hinterbliebenengesetz. 50 Prozent der **Kompanie-Offiziersstellen** für kriegserprobte Unteroffiziere.

Abzeichen: Das historische Horn der sächsischen Jäger.

Militärpapiere (Militärpaß oder Auszug aus der Stammrolle) sowie ein polizeiliches Führungszeugnis sind vor persönlicher Vorstellung einzureichen an die

1. Sächs. Grenzjäger-Brigadewerbezentrale

Bautzen, ehem. Hus.-Kasino. [S 148

Wehmütige Erinnerung

am Todestage unsres herzensguten Sohnes und Bruders

Emil Walther

Soldat im Inf.-Reg. 472, 2. Komp., gefallen am 2. Juni 1918.

Der heutige Tag ruft alle Schmerzen, ruft alle Tränen wieder wach, die wir geweint aus tiefstem Herzen die verehrtesten Sohn und Bruder nach. Wir stehen heut vor deinem Bilde, bekränzen es mit tiefstem Weh, weinen Tränen an dem Abschiedsgrabe. Nur der allein fühlt unsern Schmerz, der auch verloren ein so braves Herz. Ruhe sanft in Frieden!

Gewidmet in treuer Liebe von deinen dich nicht vergessenden Eltern und Brüdern. [b 1278

Röthnitz, den 2. Juni 1919.

Familie Paul Walther.

Heute verschied nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, aber doch zu früh, meine gute Gattin, liebe Mutter, unsre Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin, Nichte, Cousine und Tante

Frau Frieda Pietzsch geb. Bongert

im Alter von 32 Jahren.

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Der trauernde Gatte und Tochter. [b 1301]

Die Beerdigung findet Mittwoch den 4. Juni, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Gittersee, Potschappler Str. 62, aus statt.

Dank.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme durch Wort und Schrift und herrlichen Blumenschmuck beim Heimgange unsrer lieben, guten, unvergeßlichen Mutter

Frau Ida Lina verw. Kretzschmar

geb. Dietzmann

sagen wir allen Verwandten, Bekannten, den lieben Hausbewohnern sowie der Kartonnagen-Abt. Dathmann unsern aufrichtigsten Dank. Besondern Dank Herrn Pastor Dallwitz für die trostreichen Worte am Sarge.

Dresden, den 31. Mai 1919. [m 507

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme, für die trostreichen Worte, das ehrende Geleit und die reichen Blumenspenden beim Heimgange meines lieben Mannes, unsres guten Vaters sprechen wir an dieser Stelle allen, die des lieben Verstorbenen so wohltuend gedachten, den herzlichsten Dank aus.

Burgk, den 2. Juni 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen: Familie Walter. [m 1301]

Hiermit laden wir die Aktionäre unsrer Gesellschaft zu der **Montag den 30. Juni 1919, 12 Uhr mittags** im Sitzungssaale unsrer Gesellschaft in Niedersedlitz stattfindenden

16. ordentl. Generalversammlung

ein.

Tages-Ordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes über das 16. Geschäftsjahr sowie der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Beratung und Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz, über die Verteilung des Reingewinns sowie über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
3. Beratung und Beschlußfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals um nom. Mark 1 500 000.— auf nom. Mark 3 000 000.—. Festlegung des Ausgabe-Kurses und der Modalitäten der Ausgabe der neuen Aktien.
4. Zustimmung zur Uebertragung von Namensaktien sowie Beratung und Beschlußfassung über Anträge auf Umtausch von je 5 Namensaktien à Mark 200.— in je eine Inhaberaktie à Mark 1000.—.
5. Beschlußfassung über Abänderung des § 4 des Gesellschaftsvertrages durch anderweitige Feststellung der Höhe und der Einteilung des Grundkapitals, entsprechend den zu 3 und 4 gefaßten Beschlüssen.
6. Ersatzwahl zum Aufsichtsrat.

Diejenigen Aktionäre, die sich an der Generalversammlung beteiligen wollen, haben ihre Aktien oder einen ordnungsmäßigen Hinterlegungsschein (§ 36 des Gesellschaftsvertrags) über deren bei einem deutschen Notar erfolgte Hinterlegung spätestens am dritten Tage vor der Generalversammlung, den Versammlungstag nicht mitgerechnet, während der üblichen Geschäftsstunden

bei der Gesellschaft oder
bei dem Bankhause Gebr. Arnhold, Dresden, oder
bei der Mitteldeutschen Privatbank Aktiengesellschaft in Dresden oder
bei dem Bankhause H. C. Plaut in Leipzig oder
bei dem Bankhause Krause & Walter in Berlin oder
bei dem Berliner Bankinstitut Joseph Goldschmidt & Co. in Berlin

zu hinterlegen und bis zum Schlusse der Generalversammlung zu belassen.

Niedersedlitz bei Dresden, den 30. Mai 1919. [T 146

Sachsenwerk
Licht- und Kraft-Aktiengesellschaft
Glauber. Sarfert.

Grenzjäger-Abtlg. II, Bautzen

benötigt sehr dringend

M.-G.-Schützen, Fahrer vom Sattel, Fernsprecher, Funker, Kanoniere, Spielleute, San.-Unteroffiziere, Fahnenschmiede, Schneider, Sattler und Schuhmacher

Uebliche Bedingungen. Schriftliche Meldung mit polizeilichem Führungszeugnis und Militärpapieren an

Werbeamt, Infanteriekaserne Bautzen. [T 146

Geschäftsübernahme.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Potschappel und Umgegend zur gef. Kenntnis, daß ich unter dem heutigen Tage meine Buch- und Papierhandlung an Herrn Paul Fehrmann, hier, käuflich übergeben habe.

Für das mir geschenkte Vertrauen bestens dankend, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Potschappel, den 1. Juni 1919.

Hochachtungsvoll
Karl Wenk und Frau.

Bezugnehmend auf Obiges, teile ich der geehrten Einwohnerschaft von Potschappel und Umgegend mit, daß ich die Buch- und Papierhandlung von Herrn Karl Wenk, hier, käuflich übernommen habe.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, allen ins Fach einschlagenden Wünschen Rechnung zu tragen und bitte, mich in meinem jungen Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Potschappel, den 1. Juni 1919.

Hochachtungsvoll
Karl Wenk Nachflg.
Inhaber: Paul Fehrmann und Frau. [m 818]

Kasten- u. Leiterw. 1–8 Ztr. Tragkr. gute Schmiede- u. Stellmacherarbeit

ganz solide Sache billig zu verk.

K. Dittrich Dresden-A., Dillerg. 8, p.

Größtes Spezialhaus dieser Art

1 Plüschgarnitur, 1 Sofa, 1 Schrank, 1 Vertiko, 1 Küche, Aufwasch, Gläserschrank, Nähmaschine, 1 Geb. Betten, 1 Schreibtisch, 1 Krankenfahrstuhl, Kinderwagen, Nußbaum-Flügel, Ruhesofa, 1 Teppich preiswert zu verk. **Langermann, Große Brüdergasse 11, 1.,** Eingang Quergasse. [b 1346

Sonnabend geschlossen!

1 Trumeau

1 Küche, 1 Kleiderschrank, 1 Vertiko, 1 Zigarrenbehälter, 1 Chaiselongue, 1 Tisch, 3 Stühle billig zu verkaufen **Große Brüdergasse 41, 1.** [b 146

Garantiert reiner

Kautabak

in Rollen ist frisch eingetroffen.

Zigarrenhaus Uhlemann, Glacisstr. 44 (am Albertplatz).

Imprägnierte Mäntel, verschiedene Röcke, Westen, Konfirmandenanzüge verk. **Nestenbaum,** Galeriestraße 3, 1. [b 1306

1 Plüschgarnitur

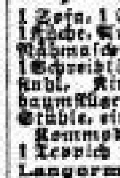
1 Sofa, 1 Schrank, 1 Vertiko, 1 Küche, Aufwasch., Gläschr., Nähmaschine, 1 Geb. Betten, 1 Schreibtisch, 1 Krankenfahrstuhl, Kinderwagen, Nußbaumflügel, Betten m. Matr., Stühle, eins. Küchenschränke, Kommoden, Korbsessel, 1 Teppich preisw. zu verkaufen. **Langermann, Gr. Brüdergasse 11, 1.** Eingang Quergasse, Mittw. u. Donnerstag geschl. [b 1347

Ein größerer Posten [b 1346

gar. rein. Rauchtabak

ist wieder frisch eingetroffen.

Zigarrenhaus **Uhlemann,** Glacisstr. 44, a. Albertplatz.



Solide Uhren billigst. [b ...
Uhrmachermeister Kern
Blumenstraße 29.

Zirka 3000 Kilogramm

Riemen-Adhäsions-Wachs

bei hoher Provision zu verkaufen.

Fabrik ... Ortenschlag ...

Quirlgarnituren
Putzkommoden
Fliegenschränke
Donath [..
Dippoldiswalder Pl. 2.

Wringmaschinen

und alle Reparat. L. Sprinkel, **Am See,** Ecke Margaretenstraße. [b 1314

4 Daunen-Federbetten

Schlafzimmer, massiv, Nußb.-Speisezimmer, Bettstell. u. Matr., Plüsch-Sofa, Schreibtisch, Kleiderkasten, Nußbaumspiegel, bill. z. verk. Tage, Dresden, Webergasse 33, 1. [b 1346

Einige neue mod. **Kücheneinrichtungen,** Schränke, Vertikos, sehr bill. z. vk. [...] Löbtau, Gröbelstraße 5, Hs. Triebel. [b 1277

Herrenstoffe! Kostümstoffe! Hosenstoffe! Futterstoffe!

empfiehlt Tuchlager **Wilhelm Krüger** Breite Straße 17.

Fast neu: Großer Schrank u. Vertiko mit Spiegel, je 175 M., Chaiselongue 150 M., 2 Bettstellen je 50 M., Matrat., Küche 300 M. Hm. Gebrauch weggezogen zu verk. Besichtig. nur heute **Montag.** Winter, Neue Gasse 13, 1. [b 1350

Nähmaschinen, auch defekt., für Hausbedarf und Schuhmacher kauft zu gutem Preis **Gustav Löther,** Mühm.-Mechaniker, Wettinerstr. 52 (nächst Volkstg.).

Graupen-Mühle

verstellbar auf grob u. fein, zum Anschrauben auf Tisch od. Brett, Stück 20.50 M. geg. Voreinsend. od. Nachnahme. **W. Bramm,** Brockau 47, b. Neuschlau (Vgtl.).

Möbel

11 allerh. billig zu verk. [b 1298
Oswald Mäufert, Jüdenhof 1.

Herrenrad, Frsl. gut erh. verk. Fahrradhaus, Freibergerstr. 128. [b 1360

Eleg. Kinder- u. Klappwagen bill. z. verkauf. Oppelstr. 19, 1. [b 54

1 Kronleuchter, Erebl. z. verk. Wermann, Blasstr. 17, 3. [b 1296

In freien Stunden

Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 20 Pf.

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190602/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Herr Emil Göpfert, Fleischermeister in Mockritz, beabsichtigt auf dem Flurstücke Nr. 90 des Flurbuchs und Nr. 4 o der Ortsliste für Mockritz eine

Schlächtereianlage für Klein- und Großvieh

zu errichten. Etwaige Einwendungen hiergegen sind binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen. Die Beteiligten, die sich in der bestimmten Zeit nicht melden, verlieren das Recht zum Widerspruch.

Die auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen werden durch den Verfahrenslauf nicht berührt.

Die Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt, am 31. Mai 1919. [41]

Verteilung von Teigwaren, Suppen, Grieß, Graupen und Zwieback oder Keks.

1. Von den für die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt auf die Zeit vom 13. April bis 10. Mai 1919 ausgegebenen **Nährmittelkarten werden beliefert:**

Abschnitt 9 der gelben Karte A mit 500 Gramm Zwieback oder Keks und 500 Gramm Teigwaren.
Abschnitt 9 der roten Karte B mit 250 Gramm Suppen, 250 Gramm Grieß und 500 Gramm Teigwaren.
Abschnitt 9 der grünen Karte C mit 125 Gramm Graupen, 250 Gramm Suppen und 500 Gramm Teigwaren.
Abschnitt 9 der blauen Karte D mit 125 Gramm Zwieback oder Keks und 500 Gramm Teigwaren.

2. Die Abschnitte sind von den Inhabern in einem Kleinhandelsgeschäft im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt **spätestens bis zum 4. Juni** abzugeben und dürfen von den Geschäftsinhabern nur bei gleichzeitiger Vorlegung der Nährmittelkarte angenommen werden.

3. Die Geschäftsinhaber haben die Namen der abgebenden Personen und die Zahl der von jeder abgegebenen Abschnitte nach Farben getrennt in eine Liste einzutragen, die einzelnen Abschnitte nach Farben getrennt aufzurechnen, in Pakete zu 100 Stück nach Farben getrennt zu bündeln und am 5. Juni 1919 der für ihren Geschäftsbezirk zuständigen **Organisation des Kleinhandels**, die Geschäftsstellen von Großbetrieben des Kleinhandels ihrem Großbetriebe abzugeben. **Nachanmeldungen sind ausgeschlossen.**

4. Die Organisation des Kleinhandels oder die Großbetriebe haben die Abschnitte **bis zum 10. Juni 1919** hier einzureichen.

5. Die Abgabe der zugeteilten Nährmittel durch die Geschäftsinhaber an die Verbraucher darf **nicht vor dem 14. Juni 1919** und nur gegen Vorlegung der Nährmittelkarte erfolgen. Den Geschäftsinhabern gehen die Waren durch Vermittlung der Kleinhandelsorganisation oder des Großbetriebes zu.

6. Die Preise bei der Abgabe an die Verbraucher betragen:
Kartoffelsuppe mit Weißkohl für 1 Pfund 1.71 M.
Kartoffelsuppe mit Möhren für 1 Pfund 1.76 M.

Teigwaren aus Mehl von einer Ausmahlung von 80 vom 100:
für Nudeln 1 Pfund 0.70 M.
für Nudelbruch 1 Pfund 0.66 M.
für andere Teigwaren 1 Pfund 0.68 M.

Teigwaren aus Auszugmehl:
für Nudeln 1 Pfund 0.90 M.
für Nudelbruch 1 Pfund 0.81 M.
für andere Teigwaren 1 Pfund 0.85 M.

Zwieback für 1 Paket à 125 Gramm 0.44 M.
Keks für 125 Gramm 0.32 M. oder 0.37 M. oder 0.50 M.
Keksbruch für 250 Gramm 0.56 M.
Graupen für 1 Pfund 0.44 M.
Grieß für 1 Pfund 0.48 M.

Ein Anspruch auf eine besondere Sorte besteht nicht.

7. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Dresden-Neustadt, am 31. Mai 1919. [741

Die Amtshauptmannschaft.

Ersatz des ausländischen Pökelschweinefleisches und ausländischen Schmalzes für Vegetarier durch Graupen und Haferprodukte.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt:

§ 1. Denjenigen Personen, die sich auf Grund der Bekanntmachung vom 7. April 1917 bei dem für sie zuständigen Mehlbezirk als Vegetarier angemeldet haben, **wird das Recht zugestanden**, auf die Einfuhrzusatzkarten für
a) ausländisches Pökelschweinefleisch **und**
b) ausländisches Schmalz
an Stelle des Fleisches und Schmalzes Graupen oder Haferprodukte zu erwerben.

§ 2. Es wird auf den jeweils zur Belieferung ausgeschriebenen Abschnitt der Einfuhrzusatzkarten für ausländisches Pökelschweinefleisch und ausländisches Schmalz die gleiche Gewichtsmenge in Graupen oder Haferprodukten gewährt, die in Fleisch oder Schmalz zur Verteilung kommt.

Ein Anspruch auf **eine bestimmte Warengattung besteht nicht.**

§ 3. Die in § 1 bezeichneten Personen, die von dem hiermit zugestandenen Rechte Gebrauch machen wollen, haben den jeweils zur Belieferung ausgeschriebenen Abschnitt der Einfuhrzusatzkarten für ausländisches Pökelschweinefleisch oder ausländisches Schmalz innerhalb 8 Tagen vom Erlaß der Bekanntmachung an zunächst bei dem für sie zuständigen Mehlbezirk vorzulegen und sich hierbei durch den Einwohnermeldeschein auszuweisen.

Der Mehlbezirk versieht die Karten auf der Rückseite mit einem Stempelaufdruck, aus dem sich das Bezugsrecht nach § 2 ergibt, und drückt den Dienststempel bei.

§ 4. Die nach § 3 abgestempelten Abschnitte berechtigen innerhalb 14 Tagen vom Erlaß der Bekanntmachung an zum Erwerbe der in § 2 festgesetzten Mengen von Graupen oder Haferprodukten zu den jeweils festgesetzten Preise in den nachfolgenden Geschäften:

Max Wagner, Scheffelstraße 30
Max Albert, Werderstraße 5
Heinrich Hahn, Wintergartenstraße 57
Paul Hennig, Wieser Straße 1.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden nach der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft.

Dresden, am 31. Mai 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Verteilung von Kartoffeln.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt:

§ 1. **Für die Woche vom 8. bis 14. Juni 1919** werden die Wochen-Kartoffelkarten A und B (Nummer 3 der Sammelkarte, 8. bis 14. Juni 1919) **mit je 5 Pfund Kartoffeln** beliefert.

§ 2. Vereinslazarette, militärische Genesungsheime, Massenquartiere, Krankenhäuser und Kliniken erhalten, soweit sie nicht mit Kartoffeln auf Landes-Kartoffelkarte eingedeckt sind, beim Mehlbezirk für die von ihnen zu verpflegenden Personen Bezugsscheine über je 5 Pfund Kartoffeln für jede Person.

§ 3. **Die Lieferung der Kartoffeln erfolgt zur Ermöglichung ihrer Mitverwendung an den Pfingstfeiertagen bis zum 7. Juni 1919.**

Die Anmeldung der Wochen-Kartoffelkarten und Bezugsscheine in einem Kleinhandelsgeschäft hat deshalb **bis spätestens Dienstag den 3. Juni 1919, mittags 12 Uhr**, zu erfolgen.

Die Geschäftsinhaber haben die Wochen-Kartoffelkarten und Bezugsscheine **bis spätestens Mittwoch den 4. Juni 1919, vormittags 11 Uhr**, beim Mehlbezirk einzureichen.

Die Mehlbezirke haben die Bedarfslisten **sofort** aufzustellen.

Die Bezirkshändler haben die Bedarfslisten Mittwoch den **4. Juni 1919, nachmittags 2 Uhr**, auf dem Mehlbezirk abzuholen.

§ 4. Militärurlauber-Lebensmittelkarten sowie Kartoffelzusatzkarten für Kranke sind mit den durch sie nachgewiesenen Kartoffelmengen, Binnenschiffer-Lebensmittelkarten nach dem Satze von 5 Pfund pro Kopf und Woche zu beliefern.

§ 5. Gastwirtschaften, Schank- und Speisewirtschaften, Fremdenhöfe, Kantinen und dergleichen erhalten für die Woche vom 8. bis 14. Juni 1919 Kartoffel-Bezugsscheine über die von den Betriebsinhabern abgelieferten Abschnitte der Gasthaus-Kartoffelkarte, Fremdenhöfe und Bahnhofswirtschaften überdies über die an Fremde abgegebenen Kartoffelmengen nach dem in § 1 bestimmten Satze ausgestellt.

§ 6. Zuwiderhandlungen werden nach § 83 der Ratsbekanntmachung vom 20. September 1918 bestraft.

Dresden, am 31. Mai 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Kokspreise bei den städtischen Gaswerken betreffend.

Die Preise für Koks in den städtischen Gaswerken betragen vom 1. Juni 1919 an bis auf weiteres

für Steinkohlenkoks:
ab Gaswerk Dresden-Reick 5.50 M.
ab den übrigen Werke 5.55 M.
für Braunkohlenkoks und Grus:
ab allen Werken 4.30 M.
allenthalben für 1 Hektoliter ab Werk.

Dresden, am 31. Mai 1919.
Der Rat zu Dresden, Betriebsamt.

Vierte Mehlverteilung.

Für das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt:

§ 1. Auf Abschnitt 1 der gelben, roten, grünen und blauen Einfuhr-Zusatzkarte für ausländisches Mehl wird wahlweise
entweder je ½ Pfund amerikanisches Weizenmehl
oder je ¼ Pfund inländisches, bis zu 94 % ausgemahlenes Weizenmehl
verteilt.

§ 2. Zum Erwerbe des inländischen 94 %igen Weizenmehles ist keine Vormeldung nötig. Die Bäckerei-, Kaufmanns- und Produktengeschäfte, die schon bisher Weizenmehl geführt haben und die vorgeschriebene Bestandsanzeige regelmäßig einreichen, haben **in der Zeit vom 2. bis 7. Juni 1919** für je einen Abschnitt 1 der gelben, roten, grünen und blauen Einfuhr-Zusatzkarte für ausländisches Mehl ¼ Pfund inländisches 94 %iges Weizenmehl abzugeben.

Sie haben die Abschnitte wie mit Mehl belieferte Brotkarten zu behandeln und **spätestens bis zum 11. Juni 1919** beim Mehlbezirk zur Ausstellung von Bezugsscheinen über „94 %iges Weizenmehl an Stelle von ausländischem Mehl" einzureichen.

§ 3. Wer amerikanisches Weizenmehl beziehen will, hat den Abschnitt 1 der Einfuhr-Zusatzkarten für ausländisches Mehl in einem zum Mehlhandel zugelassenen Kaufmanns- oder Produktengeschäft **am 2. oder 3. Juni 1919** anzumelden. **Bäckereigeschäften ist der Handel mit amerikanischem Weizenmehl untersagt.**

Die Geschäftsinhaber haben die Abschnitte **am 4. Juni 1919** beim zuständigen Mehlbezirk einzureichen. **Nachmeldungen sind ausgeschlossen.**

Die Mehlbezirke stellen über die eingereichten Abschnitte Bezugsscheine über „ausländisches Mehl" aus. Die Bezugsscheine sind **am 5. Juni 1919** einem zugelassenen Großhändler zur Beschaffung des Mehles zu übergeben.

Mehlverteilungsgesellschaft und Großhändler haben dafür zu sorgen, daß das amerikanische Weizenmehl, wenn irgend angängig, durch die Kleinhändler am 7. Juni 1919 in den Besitz der Verbraucher gelangen kann. **Eine Abgabe vor diesem Tage ist verboten.**

Bei der Abgabe des Mehles an den Verbraucher hat der Kleinhändler den auf dem Stammabschnitt der Einfuhr-Zusatzkarte vorgesehenen Belieferungsnachweis „zu Abschnitt 1" mit Tinte oder Tintenstift zu durchstreichen.

§ 4. Bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt der Preis für ¼ Pfund
a) für das amerikanische Weizenmehl
96 Pf. für die Inhaber der gelben Einfuhr-Zusatzkarten,
1.11 M. für die Inhaber der roten Einfuhr-Zusatzkarten,
1.60 M. für die Inhaber der grünen Einfuhr-Zusatzkarten,
2.15 M. für die Inhaber der blauen Einfuhr-Zusatzkarten;
b) für das inländische 94 %ige Weizenmehl 18 Pf. (1 Pfund = 31 Pf.).

§ 5. Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft.

Die gleiche Strafe trifft auch denjenigen, der gefälschte Abschnitte zum Mehlbezug verwendet.

Dresden, am 31. Mai 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Nährmittel-Verteilung.

§ 1. Von den für die Stadt Dresden auf die Zeit vom 11. Mai bis 7. Juni 1919 **ausgegebenen Nährmittelkarten** werden weiter beliefert:
a) Abschnitt 9 der gelben Nährmittelkarte A mit 1 Pfund Kindergerstenmehl,
b) Abschnitt 9 der roten Nährmittelkarte B mit 1 Pfund Suppen,
c) Abschnitt 9 der grünen Nährmittelkarte C mit ½ Pfund Suppen,
d) Abschnitt 9 der blauen Nährmittelkarte D mit ½ Pfund Suppen.

§ 2. Die Abschnitte sind in einem Kleinhandelsgeschäft **am 2. oder 3. Juni 1919** anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufgerechnet und verpackt der zuständigen Meldestelle **am 4. oder 5. Juni 1919 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.**

§ 3. Als Meldestellen sind eingerichtet:
a) für die Großbetriebe des Kleinhandels, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhändler m. b. H. in Dresden und die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler in Dresden
die wiederholt bekanntgegebenen Stellen;
b) im übrigen die Firmen:

Holm Zumpe, Josephinenstr. 2	**Julius Weiß**, Königstraße 9
Weger & Warmuth, Friedrichstraße 19	**G. Bretschneider**, Schreibergasse 18
Schlegel & Dreher Nachf., Bautzner Straße 3	**Artur Eißner**, Ludwigstraße 5
J. M. Schmidt & Co., Neumarkt 12	**F. R. Hertel**, Ostraallee 23
M. Hennig & Co., Ostraallee 29	**Louis Naumann**, Hohe Str. 107
	Otto Kormann, Kirchstr. 29
	Ernst Nefke, Schumannstr. 62.

§ 4. Die Abgabe an die Verbraucher **darf nicht vor dem 10. Juni 1919 erfolgen.**

§ 5. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 77 Pf. für 1-Pfund-Paket, 40 Pf. für ½-Pfund-Paket Kindergerstenmehl und 1.71 M. für 1 Pfund Suppe.

§ 6. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 bestraft. Die Bestimmungen in § 3 der Bekanntmachung vom 18. November 1918 bleiben in Kraft.

Dresden, am 31. Mai 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Reichsreisebrotmarken.

Für das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die jetzt zur Ausgabe gelangenden Reichsreisebrotmarken werden durch solche in veränderter Ausführung ersetzt. Die bisher ausgegebenen Reichsreisebrotmarken dürfen neben den neuen Marken nur noch bis zum 30. Juni 1919 einschließlich verwendet werden. Eine Weiterverwendung über diesen Zeitpunkt hinaus ist verboten.

§ 2. Die neuen Reichsreisebrotmarken werden in Bogen von je zehn Einzelmarken ausgegeben. Jede Einzelmarke lautet über 50 Gramm Gebäck, so daß ein Bogen mit zehn Einzelmarken ein Pfund Gebäck umfaßt.

§ 3. Zur Herstellung der neuen Reichsreisebrotmarken gelangt gelbes Papier mit einem durchlaufenden Wasserzeichen zur Verwendung, das mit roten und blauen Fasern versehen ist.

§ 4. Die Bestimmungen über die Belieferung der Reichsreisebrotmarken in § 8, Absatz 2 der Bekanntmachung vom 7. November 1918, über die Ausgabe solcher Marken in § 8 der Bekanntmachung vom 25. September 1918 in Verbindung mit den Nachtragsbekanntmachungen vom 7. und 18. November 1918 und über die Entwertung in § 17 der Bekanntmachung vom 25. September 1918 bleiben weiter in Kraft.

§ 5. Verbraucher, die angegriffene Reichsreisebrotbogen alten Musters besitzen, können diese bis zum 30. Juni 1919 einschließlich bei der für sie zuständigen Kartenausgabestelle in neue Reichsreisebrotmarken umtauschen. Nach dem 30. Juni 1919 ist der Umtausch von Marken alten Musters gegen neue nur zulässig, wenn die Verbraucher durch Vorlegung eines Lebensmittelkartenabmeldescheines oder sonstigen Ausweises nachweisen, daß sie über den 30. Juni 1919 hinaus mit Reichsreisebrotmarken anstatt mit örtlichen Brotkarten zu ihrer Brotversorgung versehen worden sind. Der Umtausch angerissener Reichsreisebrotbogen ist unzulässig.

§ 6. Zuwiderhandlungen werden nach § 43 der Bekanntmachung vom 25. September 1918 über die Brot- und Mehlversorgung des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung im Erntejahr 1918/19 bestraft.

Dresden, am 30. Mai 1919.
Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung.

Wilsdruff.

Von den Gesellschaftern werden nach § 5 der Satzungen 5 Prozent der gezeichneten Stammeinlagen hiermit eingefordert. Die Beträge sind bis zum 4. Juni 1919 auf Konto 120 der hiesigen Stadtgirokasse (Sparkasse Wilsdruff) zu überweisen oder während der Kassenzeit werktags von früh 8 Uhr bis mittags 12 Uhr und nachmittags von 3 ½ bis 4 Uhr einzuzahlen. Quittung wird von dieser Kassenstelle erteilt. Wir bitten, diese Zahlungsfrist unbedingt einzuhalten, damit die Anmeldung zum Handelsregister erfolgen kann.

Wilsdruff, den 31. Mai 1919. [ro 33n

Gemeinnützige Baugesellschaft m. b. H. für Wilsdruff
Schumann. Gerkenbergen.

Lebensmittelkarten.

Mit Wirkung vom 8. Juni 1919 an erhält § 2 der Bekanntmachung vom 8. Juni 1918 über Lebensmittelkarten folgende Fassung:

Es werden gelbe und grüne Lebensmittelkarten **ausgegeben.** Jede versorgungsberechtigte Person hat Anspruch auf eine Lebensmittelkarte und zwar erhalten:
a) Haushaltungsvorstände mit einem Jahreseinkommen bis zu 1900 M.
eine gelbe Lebensmittelkarte,
b) Haushaltungsvorstände mit einem Jahreseinkommen über 1900 M.
eine grüne Lebensmittelkarte.

Alle einen Haushalt teilenden Familienmitglieder, gleichviel, ob mit oder ohne eigenes Einkommen, erhalten die gleiche Lebensmittelkarte wie der Haushaltungsvorstand.

Im übrigen, insbesondere hinsichtlich der Berücksichtigung unterhaltspflichtiger Familienmitglieder unter 18 Jahren ohne eigenes Einkommen bei der Feststellung des Einkommens des Haushaltungsvorstandes, sind die Bestimmungen in § 8, Absatz 2, 5 bis 7 und § 4 der Bekanntmachung vom 15. Mai 1919 über Einfuhr-Zusatzkarten sinngemäß anzuwenden.

Dresden, am 31. Mai 1919. **Der Rat zu Dresden.**

Verkehr mit Kohlen im Juni 1919.

Der Reichskohlenkommissar hat die Zuweisungen von Hausbrandkohle wesentlich gekürzt, außerdem ist die Zufuhr auf die gekürzte Menge immer noch ganz ungenügend. Es wird deshalb kraft § 28 der Bekanntmachung des Reichskommissars vom 30. März 1918 über die Brennstoffversorgung der Haushaltungen usw. folgendes angeordnet:

§ 1. Belieferung der Grund- und Untermieterkarten.

1. Im Juni dürfen bis auf weiteres nur beliefert werden:
a) sämtliche noch unbelieferten Mai-Abschnitte der Grund-, Untermieter- und Gaszuschlagskarten,
b) **die Juni-Abschnitte der Gaszuschlagskarten.**

§ 2. Bezugsscheine.

1. **Auf die weißen A-Bezugsscheine darf bis auf weiteres** nur die **Teilmenge** geliefert werden, die nach der Gültigkeitsdauer des Scheines auf einen Monat entfällt.

2. Die Belieferung der grünen B-Bezugsscheine mit einer **halben Monatsmenge** ist dem einzelnen Händler nur insoweit gestattet, als durch seine Eingänge und Bestände die laufende Lieferung der auf die Kohlenkarten und die weißen A-Bezugsscheine freigegebenen Mengen sichergestellt ist.

3. **Die Nachlieferung von Teilmengen für vergangene Monate ist verboten.**

§ 3. Zuschläge für Zufuhr und Abtragen.

Für das Zubringen zur Kundschaft sind folgende **Höchstzuschläge** zu den Lagerpreisen zulässig:

	für den hl oder für 140 St. Hausbrandbriketts oder für 70 St. Steinkohl.-Brik.	für den Ztr. oder für 100 St. Hausbrandbriketts oder für 50 St. Steink.-Brik.
a) bei **Zufuhr vors Haus:**		
von 10 hl und mehr*	M. —.70	M. —.45
„ 5 hl und mehr*	„ 1.—	„ —.70
„ weniger als 5 hl*	„ 1.30	„ —.94
„ 1 hl* mit Geschirr	„ 2.—	„ 1.30
„ 1 hl* mit Handwagen	„ 1.30	„ —.94

b) für **Abtragen** nach dem **Keller ab Erdgeschoß**
von 1 und 2 hl 30 Pf. je hl
„ 1 und 2 Ztr. 22 „ je Ztr.
„ mehr als 2 hl 22 Pf. je hl
„ mehr als 2 Ztr. 17 „ je Ztr.

§ 4. Lieferung in die benachbarten Amtshauptmannschaften.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für die Belieferung von Verbrauchern in den Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt durch Dresdner Händler, jedoch mit der Einschränkung, daß die von der Ortskohlenstelle **Klotzsche** ausgegebenen **Kohlenkarten** und **Bezugsscheine nicht beliefert** werden dürfen.

Die Abgabe **von Kohle, Briketten oder Koks an Verbraucher** im Bezirke der beiden Amtshauptmannschaften ist nur gegen Entgegennahme einer entsprechenden Zahl von Abschnitten der dort geltenden Kohlenkarten oder gegen **Abschreibung auf den** dort geltenden Bezugsscheinen gestattet.

§ 5. Ausnahmebefugnis.

Das Kohlenamt kann in besonderen Fällen **Ausnahmen von** den vorstehenden Bestimmungen gestatten.

§ 6. Strafbestimmungen.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften **dieser Bekanntmachung** werden nach § 32 der Bekanntmachung **des Reichskohlenkommissars** vom 30. März 1918 geahndet.

Außerdem haben Händler, die sich in der Befolgung der vorstehenden Bestimmungen als unzuverlässig erweisen, die **Zurückziehung** der Zulassung beim Kohlenamte zu gewärtigen.

§ 7.

Ziffer 3b der Ratsbekanntmachung über Kohlenverkaufspreise vom 13. Mai 1919 tritt infolge der Bestimmung in § 3 unter b außer Kraft.

Dresden, den 31. Mai 1919. **Der Rat zu Dresden.**
[385]

* oder die entsprechende Zahl Zentner oder Stück Hausbrandbriketts.

Anmeldung der Offiziere z. D., a. D. und des Beurlaubtenstandes.

Nach Verfügung **des Ministeriums für Militärwesen** vom 15. Mai 1919 haben sich zum Zwecke geregelter Listenführung sämtliche Offiziere (einschließlich Sanitäts-, Veterinär-, Zeug- und Feuerwerksoffiziere) des Beurlaubtenstandes mündlich oder schriftlich bei dem **Bezirkskommando ihres Aufenthaltsortes zu melden.** Das Gleiche gilt für die **Offiziere z. D.** (Generale melden sich bei den Generalkommandos.)

Die mit oder ohne Pension verabschiedeten Offiziere (auch die vor dem **Krieg** verabschiedeten) werden ersucht, dem Bezirkskommando **ihres Aufenthaltsortes** ihre Wohnung alsbald mitzuteilen.

Um Zweifel auszuschließen, sei in Erinnerung gebracht, daß sich in Dresden zu melden haben:
a) beim Bezirkskommando I Dresden (Altst.), Marschnerstraße 11:
die gesamte Infanterie (einschließlich M.-G.-Offiziere) außer Jäger und Garde;
b) beim Bezirkskommando II Dresden (Neustadt), Baumstraße 1:
alle übrigen Waffen (einschließlich Jäger, Gardeinfanterie und Marine)

Bezirkskommando I und II Dresden.

Achtung!
Grenzjäger-Abt. II, Bautzen
Das Werbeamt
für die Freiwilligen zur Grenzjäger-Abt. II, früher in Löbau, befindet sich seit 30. Mai
in Bautzen, Infanteriekaserne.
Kriegsverwendungsfähige Leute aller Stände, die ihr euer Vaterland liebt und Ruhe und Ordnung wünscht, **meldet euch sofort!** Freie Verpflegung und Unterkunft, mobile Gebührnisse und eine tägliche Zulage von 5 M., Familienunterstützung. [f 148

Spülapparate
Mutterspritzen, Spülkannen, Schläuche, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Frauentropfen „Carol", Ersatzteile, sanitäre Frauenartikel.
Frau Hensinger, Am See 87.

Sächsische **Landes-Lotterie.**
Ziehung 1. Klasse
18. und 19. Juni 1919
110000 Lose, 55000 Gewinne
im Betrage von
20801000
Haupttreffer evtl.
800000
speziell
300000
500000
200000
150000
100000
Preise der Lose 1. Klasse nebst von der L.-L. verfügten Teuerungszuschlags:
⅛ ¼ ½ ¹⁄₁ Los
5.10 10.20 25.10 51.— M.
Voll-Lose für alle Klassen gültig:
⅛ ¼ ½ ¹⁄₁ Los
25.50 51.— 127.50 255.—
Eduard Renz
S. Staatslotterie-Einnahme
Dresden-A., Annenstr. 9
Bank-Konto:
Allg. Deutsche Credit-Anstalt

Elektrischer Belichtungs-, Bestrahlungs- und Wärmeapparat
„Erlösung"
D. R.-G.-M. 654001.
Vorzüglich. Mittel z. Beseitigung v. Gliederreißen, Rheumatismus, Ischias, Gicht usw. Überall anzuwenden, wo elektr. Strom vorhanden. Prospekte gratis.
Elektrotechnische Fabrik Sommler & Ahnert
Regis (Bezirk Leipzig). [336

in reicher Auswahl und werden geschliffen.
J. Hahnemann
7 Dresden-A. Am See 7
Schleiferei u. Vernickelungsanstalt.

Badewannen Badeöfen
alle Arten und Größen
Waschbretter
mit starker Zinkeinlage
nur **4.75** Mark.
Otto Graichen
Trompeterstr. 15
Zentral-Theater-Passage.

Aufpolstern
von Matratzen, Sofas usw. auf Wunsch im Hause. Reelles Bindematerial. W. Ihle, [illegible] Wallerstraße 11, I.

Sommer Hüte
zum Umnähen auf neueste Façon nimmt entgegen
H. Hensel
Zinzendorfstr. 21

Gebiß-Reparaturen
werden innerhalb 3—4 Stunden unter Garantie in Friedensqualität hergestellt.
Wettinerstraße 3, 2. [b 120

Gartenwerkzeuge
Blumenkasten
eis. Gartenmöbel
bei [f 182
Donath
Dippoldiswalder Platz 2

Kaufe Webergasse 23, 1.
Alte Gebisse,
zahle pro Zahn 60 Pf. Brennstifte, Platin, à 7.50 M. außer ihres gesetzl.
2-Mark-Stücke
alte Taler, ausländ. Goldmünzen zu höchsten Preisen. [136
Sekt- u. Weinkorke
Hausmann. (Sonnabd. nicht)

Grammophonplatten
abgespielte, zerbrochene kauft Stück 1.20 M. [b 122
Tappert, Wettinerstr. 34.

Strohhutzwirn
auch Messer, kauft Damenhutfabrik F. Bakstein, Gr. Zwingerstr. 8.

Musik
An- u. Verkaufsgesch., allerhand Noten Göpfert, Jüdenhof 3. [b

Bücher, Noten, alte Bilder
Romane, Jugendschrift. usw. kauft Wienhold, Antiquariat, Kleine Kirchgasse 3. [b

Zeiß-Glas
auch andres Fabrikat kauft Hahn, Wilsdruffer Str. 43.